N 20587 F

Fragen der Freiheit

Heft 178
Januar/Februar 1986

Auf dem Wege zur freiheitlichen Wirtschaftsordnung

Beiträge zur Geschichte der Wirtschaftstheorien

FREIHEIT

Betrachten wir uns in jeder Lage des Lebens, so finden wir, daß wir äußerlich bedingt sind, vom ersten Atemzug bis zum letzten; daß uns aber doch die höchste Freiheit übriggeblieben ist, uns innerhalb unserer selbst dergestalt auszubilden, daß wir uns mit der sittlichen Weltordnung in Einklang setzen und, was auch für Hindernisse sich hervortun, dadurch mit uns selbst zum Frieden gelangen können.

Goethe

FRAGEN DER FREIHEIT

– Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft –

Folge 178

Januar/Februar 1986

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung

Postverlagsort: 54 Koblenz

Inhaltsverzeichnis

Seite

Lothar Vogel
Freiheit 3

Fritz Penserot
Auf dem Wege zur freiheitlichen Wirtschafts-Ordnung
– Beiträge zur Geschichte der Wirtschaftstheorien
VII. Teil – Die Weiterentwicklung der Nationalökonomie im Anschluß an die Grenznutzenschule
1. Die Cambridge School of Economics: Alfred Marshall 7
2. Die Weiterentwicklung der Grenznutzentheorie zur Wohlfahrtsökonomie: Arthur Cecil Pigou (1877–1959) 17
3. Institutionalismus: Thorstein Bunde Veblen (1857–1929) 20

Helmut Creutz
Buchgeldschöpfung und Bankenwirklichkeit 26

Elimar Rosenbohm
Zur Buchgeldschöpfung der Geschäftsbanken 38

Hans Doerner
Eine Wirtschaftswende bedarf einer neuen Geldordnung 48

Buchbesprechung 55

Zeitspiegel 56

Buchbesprechung 66

Mitteilungen 67

Freiheit

Lothar Vogel

»– Das Wort Freiheit klingt so schön, daß man es nicht leicht entbehren könnte, und wenn es einen Irrtum bezeichnete –«

Goethe
Dichtung und Wahrheit
(III, 11.)

Zum Jahresübergang 1985 – 1986

Da wir bei dem Jahresübergang 1985 – 1986 gleich zwei bedeutsame *Ereignisse* zu verzeichnen haben, nämlich den dreiunddreißigsten Jahrgang von *Fragen der Freiheit* und die *Fertigstellung des Trithemiushauses* als unserer eigenen Tagungsarbeitsstätte, findet sich in *Rückblick* und *Vorblick* Veranlassung, die Intention des Seminars für freiheitliche Ordnung der Kultur, des Staates und der Wirtschaft in möglichster Klarheit herauszustellen, um an ihr Erreichtes, Versäumtes und aufs neue zu Erstrebendes zu prüfen. Jeder, der die Frage nach den Ursprungsmotiven unseres Seminars stellt, wie sie sich schon während des zweiten Weltkriegs als geistig-sozialer Zukunftsimpuls eines kleinen, gleichstrebenden Menschenkreises um Otto Lautenbach (Freiwirtschaft), Emil Leinhas (Dreigliederungsbewegung) und bei Diether Vogel in der Bemühung um die soziale Bewegung entwickelten, wird immer wieder auf das Urmotiv der Freiheit stoßen, das alle Sozialprobleme in sich vereint.

Die Frage nach einer möglichen menschengemäßen Sozialordnung ist die Frage nach der Verwirklichung der menschlichen Freiheitsnatur.

Dieses zunächst sehr allgemein scheinende Ziel fordert freilich dazu auf, genauer zu charakterisieren, was unter Freiheit zu verstehen ist und in welchem Bereich der Menschennatur Freiheit urständet. Sogleich geraten wir bei dem Versuch, diese Frage zu beantworten, in ein uferlos schwankendes Meinungschaos, das sich auch in unserem Goethe-Motto ausspricht, ohne daß wir deshalb – wie die Linken – darauf verzichten wollen, in der Freiheit ein allerhöchstes Gut zu erleben und anzustreben.

Betrachten wir nur einmal in flüchtiger Überschau einige geschichtliche und soziale Freiheitsansprüche (etwa in den Verfassungen hellenistischer Stadtstaaten, – die Freiheit der pax romana, – die Freiheitlichkeit der Germanen, von der Tacitus sehr Charakteristisches zu berichten weiß, – dann die Ständefreiheiten des Mittelalters und die höchst fragwürdige Freiheitsauffassung der Mehrheitsmasse der Französischen Revolution, die sich bis in die demokratischen Verfassungen der Gegenwart erhalten hat. Zu dieser Jakobinistischen Freiheitsauf-

fassung hat in neuester Zeit die politische Wissenschaft sogar eine eigene Erkenntnis und Freiheitstheorie, den Pluralismus mit seinem Meinungsrelativismus – eine »eigene Freiheitsauffassung« geschaffen (Popper).

Niemand kann es angesichts dieses schwankenden Meeres der Freiheitsinterpretationen verübelt werden, wenn er das Freiheitsmotiv als eine große Illusion betrachtet und bereit ist, »Freiheit« um der »Freiheit« willen mehr und mehr einzuschränken oder gar abzuschaffen, denn das kollektive Sicherheitssystem sozialistischer Staaten wird zum Beispiel von deren Vertretern als die Erfüllung der Freiheit »aufgefaßt«.

II.

Zur Idee der Freiheit

Die Vielfalt der möglichen Freiheitsmotivationen hat die Menschen – und darunter auch bedeutsame Geister – an der Möglichkeit der Freiheitsverwirklichung zweifeln lassen. Ein Denker unserer Zeit (J. Kirchhoff[1]) formuliert, indem er die allgemein verbreitete Skepsis berücksichtigt: »Das Problem der Freiheit ... gehört zu den unauslotbaren Abgründen des Denkens. Hier, so scheint es, zerbricht gleichsam der Intellekt an seinen eigenen Paradoxien.«

Und weiter: »Meist ist sie ein ethisches oder religiöses Postulat [und] wird dort ... am häufigsten genannt, wo sie selbst abwesend ist.«

Besonders wichtig für die Charakteristik des Freiheitswesens scheint der Hinweis Kirchhoffs, daß die Philosophie von Descartes bis Hegel die Freiheit allein »in die Substanz des Denkens verlegt hat«. Für diese »erübrigt sich [dann] ein gesonderter *Beweis* derselben, weil das Fortschreiten des Denkens eben ein Fortschreiten der Freiheit ist«. Ist dies wirklich der Fall?[2] Schon bei Schiller tritt uns die »Freiheit« auf zwei Ebenen entgegen, – einmal in dem politischen Zitat: »Geben Sie Gedankenfreiheit Sire« und dann im Freiheitsbegriff der Ästhetischen Briefe (mit dem wir uns in diesem Zusammenhang ausführlicher zu beschäftigen hätten).

Kirchhoff wird in der von uns vorliegenden Betrachtung zu einem Schluß genötigt, daß ... sich [die Freiheit] allen Versuchen einer denkerischen Erfassung entzieht (S. 111). So geht es auch all denen, die die Freiheit nur formal, zuständlich, subjektivisch oder negativ-sozialtechnisch verstehen wollen wie bei der begrenzenden Bienenwabenfreiheit, die nicht weiter als bis zum genormten Freiheits-

1 Jochen Kirchhoff: »Schelling«, Hamburg 1982

2 Die logische Verkettung des Gedankenprozesses wie die Objektbezogenheit des Denkens im Gedanken macht den Gesamtvorgang zu einem instrumentalen Geschehen, das mit der reinen Freiheit nichts zu tun hat, denn die Bewußtseinserweiterung ist wiederum zunächst ein quantitativ erfaßter Vorgang und nicht Freiheit. Nur die Intention, die unser Denken in eine bestimmte Richtung schickt, ist frei.

raum des Nächsten reicht. Zu solchen intellektuell pragmatischen und dann übergänglich psychisch orientierten Freiheitsbegriffen gehört auch das Freiheitserlebnis von *äußerem* oder *seelischem* Zwang als Selbst- oder Fremdbestimmung usw. Die Pluralität dieser oder ähnlicher »Freiheitserlebnisse« führt letztlich nur zur Freiheitsleugnung, die in dem Worte von Malebranche »La liberté est un mystère« immerhin positiv apostrophiert ist.

Formulierungen wie *frei von ...frei in* dieser oder jener Hinsicht, ich fühle mich *frei für* und *frei zu* dieser oder jener Zweckerfüllung, alle diese Freiheitszuwendungen und Zuständlichkeitsempfindungen werden in subjektiv-seelischen *Bedingtheiten* erlebt, sind damit – besonders wenn sie, was häufig der Fall ist, mit individuellen Egoismen verbunden sind – alles andere als frei –.

Aus diesen Voraussetzungen ergibt sich, daß der geistige Ort (Topos) der Freiheit zum mindesten sehr verborgen ist und den meisten Menschen, wie ernsthaft sie sich auch um die Freiheitsfrage bemühen mögen, leicht zu einem sehr subjektiven Spiel mit »Interessen« wird.

Versuchen wir über diese Ausgangslage hinaus mit energischen Schritten uns dem Topos der Freiheit zu nähern.

Gerade unser Goethe-Motto »Das Wort Freiheit klingt so schön ...« öffnet uns einen leicht zu übersehenden Spalt, durch den hindurchblickend wir etwas von dem großen geistigen Reich eines höheren reinen Freiheitsbegriffs ahnen können.

Friedrich Schiller, der Dichter des Freiheitswesens, der in seinem Lied an die Freude eigentlich den Hymnus an die Freiheit gedichtet hat, indem es heißen sollte: »Freiheit schöner Götterfunke ...«, hat das Wesen der Freiheit als das Geisterlebnis des *Unbedingten*, des von keinem Dinglichen eingeengten und bestimmten dargestellt, wenn er ausspricht: »Der Mensch ist frei und wär er in Ketten geboren«. Freiheit ist damit als Wesenselement der Menschennatur ausgesprochen.

III.
Der Freiheitsorganismus des Menschen

Die *Wesenseinheit von Mensch und Freiheit* veranlaßt uns, die Freiheit aus dem höchstmöglichen Gesichtspunkt als eine *Anthropologie der geistigen Existenz des Menschen* zu entwickeln.

In dieser Betrachtung liegen die materiellen, vegetativen und animalen Verkettungen als Existenz bedingende Gegebenheiten jenseits der Freiheit und außerhalb menschlicher Wesensbestimmung notwendiger Kräftebereiche. Es muß über diese Bereiche hinaus eine Organisation der Wesensnatur des Menschen geben, die den Menschen in seiner gesamten Entwicklungsordnung – unbedingt – als

eigenes Naturreich für sich selbst und die Welt in ihrer Ganzheit geistig verantwortlich erscheinen läßt. Eine Anthropologie ohne diesen *höchsten Selbstbezug* hat ihr Ziel, das Wesen des Menschseins zu erforschen und zu erkennen, verfehlt. Ich statuiere also im Sinne einer vollständigen Menschenkunde einen *geistigen Organismus, dessen Organe alle unbedingt bedingt frei sind* – und die für die übrige (leibliche) Organisation – mit oder ohne Bewußtsein eine Grundordnung intendieren. Diese geistigen Organe, die gemeinsam einen Organismus bilden, sind:

WAHRHEIT	– SCHÖNHEIT	– GÜTE
DENKEN	– FÜHLEN	– WOLLEN
GLAUBE	– LIEBE	– HOFFNUNG
WISSENSCHAFT	– KUNST	– RELIGION

Auf der substantiellen »Substanz«*, philosophischerweise als Wesensbegriff aufgefaßt, wie qualitativen Idealität dieser zwölf Begriffe beruht ihre *Unbegrenzbarkeit, Unendlichkeit,* kurz ihre *Freiheit.* Freiheit ist aber die geistige Eigenschaftlichkeit des ICHS. Freiheit und Ich bilden gemeinsam die höchste Wesenhaftigkeit des Menschseins:

»Freie Ichlichkeit –
Ichhafte Freiheit.«

Von dieser »Ichorganisation« (Rudolf Steiner) her, deren Konstitution die *Freiheit* ist, glaube ich – wenn auch nur skizzenhaft – eine erste nähere Umschreibung des Würdebegriffes des Artikel I des Grundgesetzes: »Die Würde des Menschen ist unantastbar« versucht zu haben. Im verfassungsrechtlichen Würdebegriff sind die Geistorgane der Ichorganisation zusammengefaßt. Alle Ordnungen – und gerade auch die mögliche Sozialordnung (Ordnungspolitik) – hat in ihr ihre Quelle. In der ideellen wie realen Verwirklichung der geistigen Gesamtorganisation des Menschseins beruht der Grad der Freiheit, der immer auf höherer Stufe die Idee der Freiheit als Ich-Verwirklichung voranleuchtet. Dabei darf allerdings nie der Sozialaspekt der Ichnatur vergessen werden. Das *Ich* ist dabei als Quelle aller (Selbst-)Erkenntnis wesentlich am *Ich* des *anderen Menschen zu erleben, zu erkennen und zu ermessen.* Und so wie alle von uns aufgeführten zwölf Geistorgane miteinander identisch sind, so ist es das Ich, das als Liebefähigkeit in der Mitte steht.

*»Substanz«, philosophischerweise als Wesensbegriff aufgefaßt.

Auf dem Wege zur freiheitlichen Wirtschafts-Ordnung

– Beiträge zur Geschichte der Wirtschaftstheorien –

VII. Teil

Die Weiterentwicklung der Nationalökonomie im Anschluß an die Grenznutzenschule

1. *Die Cambridge School of Economics: Alfred Marshall*

Von allen Nationalökonomen der fünf Jahrzehnte von 1870 bis in die zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts hat keiner das wirtschaftswissenschaftliche Denken in England so entscheidend beeinflußt wie *Alfred Marshall* (1842–1924).

John Maynard Keynes, sein bedeutendster Schüler und Nachfolger, schreibt dazu:

»Offiziell kann man *Marshall* den Gründer der Cambridge School of Economics nennen. Doch er war praktisch noch weit mehr auf Grund jenes freimütigen Verhältnisses zu vielen Generationen von Schülern, das einen so großen Teil seiner Lebensarbeit ausmachte, deren Richtung es sogar wesentlich bestimmte.

»Seinen Kollegen mag *Marshall* manchmal schwerfällig und querköpfig erschienen sein, der Öffentlichkeit päpstlich oder umständlich; aber für seine Schüler war und blieb er ein wahrer und weiser Lehrer, erhaben über jede Kritik. Er war ihr geistiger Vater, und er inspirierte und unterstützte sie wie kein anderer.«

»Seinen Schülern, die die Wirtschaftswissenschaften der Zukunft entwickeln sollten, opferte *Marshall* Zeit und Kraft. Doch war er kaum geneigt, noch nicht ganz Ausgereiftes zu veröffentlichen. . . . 'Die Wirtschaftswissenschaft', meinte er, 'ist nicht Wahrheit als solche, sondern ein Instrument zu ihrer Entdeckung.' Dieses Instrument, wie wir es heute verwenden, ist zum großen Teil eine Schöpfung *Marshalls*. Er gab es in die Hände seiner Schüler, bevor er es der Öffentlichkeit anbot. Es gestaltet zu haben, war das wesentliche Werk dieses eigenwilligen Genies. Doch er strebte nach 'konkreter Wahrheit', die er geleugnet hatte und die zu entdecken er nicht besonders begabt war.«

»Ein unrealisierbarer Ehrgeiz« scheint es vor allem gewesen zu sein, »der ihm im Wege stand, der Welt die wirklichen Schätze seines Geistes und Genius' zu offenbaren.« Zudem, so *Keynes* weiter, »war *Marshall* viel zu ängstlich, etwas falsch zu machen, viel zu empfindlich gegenüber jeglicher Kritik und viel zu leicht aus der Fassung zu bringen. . . . Es war dies der schwache Punkt in seinen hohen Anforderungen an die wissenschaftliche Genauigkeit, von der er niemals abwich, was (aber gerade) seine Schüler mit Ehrfurcht erfüllte.«

»Zum andern war *Marshall* zu sehr bedacht, Gutes zu tun. Er neigte dazu, jene theoretischen Seiten des Untersuchungsgegenstandes, die nicht *direkt* mit der Wohlfahrt der Menschen oder mit den Verhältnissen der arbeitenden Klasse verknüpft waren, zu unterschätzen, obwohl sie *mittelbar* von größter Bedeutung sein mochten. Wenn er sie weiter durchforschte, gewann er die Vorstellung, daß er sich nicht mit dem Wesentlichen beschäftigte. Die Ursache liegt ... in dem Konflikt seines strengen, nüchternen, kritischen und völlig unsentimentalen Verstandes mit Gefühlen und kaum bewußten Empfindungen ganz anderer Natur. Wenn seine Gedanken sich mit Diagrammen, Außenhandel und Geld beschäftigten, wurde er gleichsam von einem Moralisten in seinem Innern beeinflußt, der so unbesonnen war, dies zu mißbilligen.

»Gegen Ende seines Lebens ... sagte er einmal: 'Die Ökonomie hat zu wenig mit Idealen zu tun. Hätte ich diese voll berücksichtigt, hätte kein Geschäftsmann meine Schriften gelesen.' Doch solche Gedankengänge hatten ihn schon immer beherrscht.

»Sie waren die Schwäche jener anderen Tugend *Marshalls*, die seine Schüler immer wieder beeindruckte: seine grenzenlose Uneigennützigkeit und sein Sinn für Gemeinschaft.« Soweit *Keynes*.[1]

Alfred Marshall, geboren am 26. Juli 1842, entstammte einer Pfarrerfamilie aus dem Südwesten Englands. Auf Wunsch seines Vaters sollte er ebenfalls Geistlicher werden, doch wandte er sich noch während seines Studiums der Volkswirtschaft zu, und zwar aus der gleichen religiösen Grundhaltung heraus, die ihn schon zuvor das Theologiestudium ergreifen ließ: um die klassische Nationalökonomie im Sinne der christlichen Ethik zu ergänzen und die spezifisch menschlichen, subjektiven Bedürfnisse in ihr zur Geltung zu bringen. Anders ausgedrückt: die künftige soziale Ordnung sollte im Dienste des Menschen stehen. *Marshall* wörtlich: »Es geht um die Ritterlichkeit in der Volkswirtschaft«. Die Nationalökonomen sollen sich »mit dem Menschen, so wie er ist, beschäftigen, nicht mit einem abstrakten oder ökonomischen Menschen, sondern mit einem Menschen aus Fleisch und Blut.« «Und wenn unter den Beweggründen, denen der Mensch gehorcht, der Volkswirtschaftler besonders die Jagd nach dem persönlichen Gewinn studiert, so bedeutet das nicht, daß er die Volkswirtschaft auf eine 'Naturgeschichte des Egoismus' beschränken will, sondern einfach, daß die Wirkungen dieser Triebfeder, da sie sehr oft in Geld meßbar sind, sich leichter zu einer wissenschaftlichen Untersuchung eignen, als zum Beispiel die Beweggründe der Nächstenliebe, der Eitelkeit oder des Pflichtgefühls.«

1 zit. i. *Recktenwald*, S. 389 ff
2 *Marshall* »Principles of Economics« zit. in *Gide & Rist* a.a.O. S. 450/51

Denn das stetigste Motiv des wirtschaftlichen Verhaltens der Menschen sei nun einmal das Streben nach Gelderwerb.

Da aber das wirtschaftliche und soziale Elend der Arbeiterklasse offenbar eine Folge der herrschenden Wirtschaftsordnung ist, ist »die Untersuchung der Armut gleichzeitig die Untersuchung der Wurzel der sozialen Deklassierung eines großen Teils der Menschheit«. Entsprechend hängt die Möglichkeit zum Fortschritt »weitgehend von Tatsachen und Folgerungen ab, die auf wirtschaftlichem Gebiet zu finden sind; und das ist, was der Wirtschaftswissenschaft ihren wichtigsten und höchsten Sinn verleiht.«[1]

Das also ist das Grundmotiv aller wirtschaftswissenschaftlichen Forschungen *Marshalls*, und damit ist zugleich sein Anschluß an die von *William Stanley Jevons* (1835–1882) entwickelte »Grenzleidlehre«, also an die anglo-amerikanische Richtung der Grenznutzenschule, erklärt.

Inwieweit es *Marshall* dann gelungen ist, die »Wurzel der sozialen Deklassierung eines großen Teils der Menschheit« und die »Ursache der Armut« der Arbeiterschaft aufzudecken, ist eine andere Frage. Tatsächlich blieb *Marshall zeitlebens bemüht, »seine Lehre als bloße Ergänzung und Fortsetzung der klassischen, nicht als neue oder gar ihr entgegengerichtete Theorie darzustellen.«*[2]

Keynes schreibt zu dieser Frage: »*Alfred Marshall*, nach dessen *Principles of Economics* alle zeitgenössischen englischen Ökonomen erzogen wurden, gab sich besondere Mühe, den Zusammenhang seines Denkens mit jenem *Ricardos* hervorzuheben. Sein Werk bestand großenteils darin, daß er das Gesetz des Grenznutzens (final degree of utility, *Jevons*) und das Gesetz der Unterchiedslosigkeit der Preise (law of indifference, *Jevons*, das von diesem zum »Genußausgleichsgesetz« weiterentwickelt worden war) auf die *Ricardo*sche Überlieferung pfropfte; und seine Theorie der Produktion und des Verbrauches als *Ganzes* ist, im Gegensatz zu seiner Theorie der Erzeugung und Verteilung einer *gegebenen* Produktion, nie für sich dargelegt worden. Ich bin nicht sicher, ob er selber das Bedürfnis nach einer solchen Theorie verspürte. Aber seine unmittelbaren Nachfolger und Schüler haen sie sicherlich aufgegeben und ihr Fehlen offenbar nicht empfunden. In dieser Atmosphäre bin ich erzogen worden. Ich habe diese Doktrin selber gelehrt, und erst innerhalb des letzten Jahrzehntes bin ich mir ihrer Unzulänglichkeit bewußt geworden.«[3]

Und leider muß man hinzufügen: selbst bis zum heutigen Tage hat das Gros unserer die Wirtschafts-und Währungspolitik bestimmenden Nationalökonomen diese Unzulänglichkeit der auf der Klassik fußenden Theorie – darunter insbesondere des *Say*'schen Theorems, wonach sich die aus der Gesamtheit der Investitions- und Konsumgüter-Produktion resultierende Gesamt*nachfrage* und eben dieses Gesamtgüter*angebot* die Waage halten und sich mithin das Angebot selbst seine Nachfrage schaffe (»Das Angeobt *schafft sich die Nachfrage sellbst«.*) – *nicht begriffen oder nicht* begreifen wollen oder sich, aus welchen Gründen auch immer, auf jeden Fall nicht damit auseinandergesetzt.

1 *Marshall*, zit. I. *Recktenwald* a.a.O. S. 384/85

2 *Günter Schmölders* in »Geschichte der Volkswirtschaftslehre«, Wiesbaden 1961, Seite 93

3 *John Maynard Keynes* in »Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes« im Vorwort zur deutschen Ausgabe, Seite VII, Duncker & Humblot, Berlin 1936, Nachdruck 1955

Was nun die positiven Beiträge *Marshalls* zur Weiterentwicklung der Nationalökonomie betrifft, so hat er – abgesehen von einer Erweiterung der Fachsprache der Volkswirtschaftswissenschaft – Entscheidendes zur Entwicklung der Kostentheorie, der Wert- und Preistheorie, der Rententheorie und der Geldtheorie beigetragen, wobei diese Beiträge in aller Regel zu Kompromissen zwischen der abstrakt-deduktiven Theorie der Klassik und der subjektiv-induktiven Methode der Grenznutzenschule führen.

Marshall sieht seine Aufgabe darin, wirtschaftliche Tatbestände festzustellen und zu analysieren und die dadurch gewonnene Erkenntnis im Hinblick auf die Wirkungen der verschiedenen Ursachen anzuwenden. Dabei sucht *Marshall* durch das Studium einer einzelnen Firma gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge zu finden. Im Verfolg dieser Bemühungen kommt *Marshall* zu dem Begriff der »*repräsentativen Firma*« oder auch der »typischen Firma«. Diese »Firma« ist typisch für die Kostenstruktur eines bestimmten Industriezweiges; sie repräsentiert deren zusammengefaßtes Angebot; durch ihre »internen« Ersparnisse ist sie in der Lage, alle Vorteile der Kostensenkung, der Kapazitätserweiterung, der Arbeitsteilung, der Verwendung von Spezialmaschinen und der Arbeitsspezialisierung wahrzunehmen. Die »externen« Ersparnisse dieser »Firma« hängen dagegen von der allgemeinen Wirtschaftslage ab und sind folglich allen Unternehmen zugänglich. Eine Steigerung der Gesamtproduktion bestimmter Waren steigert die »internen« Vorteile der »repräsentativen Firma«, zugleich aber auch die »externen« Vorteile gegenüber weniger entwickelten Firmen, sodaß sie auf diese Weise Wettbewerbsvorteile erlangen kann.

Die Produktion steht somit unter dem »Gesetz vom zunehmenden Ertrag«, das heißt: eine Vermehrung von Kapital und Arbeit führt in aller Regel auch zu einer verbesserten Organisation der Firma, womit die Wirksamkeit von Kapital und Arbeit erhöht wird.

Diese »Theorie der repräsentativen Firma« führt schließlich zu einer Trennung der mikro- und makro-ökonomischen Untersuchungen und ist mithin der erste Ansatz für eine betriebswirtschaftliche Theorie der Produktion. Zugleich ist in dieser Theorie auch bereits der Keim einer Theorie des »unvollkommenen Wettbewerbs« enthalten: wenn ein Unternehmen infolge seiner Größe marktbeherrschend geworden ist und seine Produkte »konkurrenzlos«, so kann – andere diese Situation begünstigende Umstände vorausgesetzt (auf die aber hier nicht weiter eingegangen werden soll) – dadurch die Freiheit und Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft empfindlich beeinträchtigt, ja schließlich ganz aus den Angeln gehoben werden.

In seiner *Kostentheorie* geht *Marshall* über den klassischen Kostenbegriff

hinaus, indem er die Kosten u. a. auch auf rein subjektive Momente zurückführt. Das heißt, die Preise der beliebig vermehrbaren Güter hängen nicht nur von den direkten Produktionskosten ab, Rohstoffkosten, Arbeitslöhnen, Kapitalverzinsung usw., sondern die Kosten sind für *Marshall* auch solche subjektiven Faktoren wie »Produktionsopfer«, »Arbeitsleid« (disutility) und »Genußaufschub« oder »Warten auf Genuß« (abstinence). So wird das Angebot durch »Arbeitsleid« und »Genußaufschub« bestimmt und die Nachfrage durch den Nutzen, den er dem Käufer bringt.

Mit seiner spezifischen Kostentheorie schloß *Marshall* mithin eine Art von Kompromiß zwischen der klassischen und der subjektiven Wertlehre. Wiewohl diese Theorie umstritten blieb, hat sie jedenfalls die Erkenntnis der Notwendigkeit der Aufteilung der Kosten in fixe und variable Kosten als vom Betrachtungszeitraum abhängig gebracht, desgleichen die Gestaltung der Kostenfunktion in Abhängigkeit vom Ertragsgesetz. Vor allem auch Begriffe wie »Grenzkosten« und »Grenzerlös« gehen auf *Marshall* zurück.

In seiner *Preistheorie* entwickelte *Marshall* den Begriff der Elastizität, der als Angebots- und Nachfrage-Elastizität, sowie als Preis- und Einkommens-Elastizität weiter ausgebaut wurde. Besonderes Gewicht legte *Marshall* bei seiner Preistheorie auf die Analyse des partiellen Gleichgewichts. Mittels dieser »Partialanalyse« untersuchte er, unter welchen Bedingungen ein preisliches Gleichgewicht auf Teilmärkten, also bei verschiedenen Industriezweigen, zustande kommt. Dazu bediente er sich u. a. der geometrischen Darstellung von Angebots- und Nachfragekurven, deren Schnittpunkt, der sog. »Marshallsche Punkt«, den Gleichgewichtspunkt und damit den Gleichgewichtspreis ergibt. Mit Hilfe weiterer mathematischer Darstellungsweisen, u. a. Einführung von Indifferenzkurven als Kurven gleicher Nutzenschätzung, entwickelte er Ansatzpunkte für die weitere theoretische Forschung. Da im übrigen jede Anpassung an veränderte Angebots-und Nachfragebedingungen auch *Zeit* erfordert, wandte sich *Marshalls* Aufmerksamkeit diesem Problem ebenfalls in besonderem Maße zu. So unterliegt z. B. der Marktpreis für ein kurzfristig nicht veränderbares Angebot, wenn er fast ausschließlich von der Nachfrage bestimmt wird, anderen Einflüssen als in längeren Perioden, in denen Produktionssteigerung, technische Verbesserungen, Kapitalverstärkung usw. eine Rolle spielen, wenn er also durch exogene Faktoren beeinflußt wird.

Auch in seiner *Rententheorie* weist *Marshall* auf das *Zeitmoment* hin. Im Unterschied zur Grundrente, die auf Grund der Unvermehrbarkeit des Bodes für dessen Eigentümer eine dauerhafte Rente darstellt, bezeichnet *Marshall* alle sonstigen Differentialrenten, die nur vorübergehenden Charakter besitzen, als »*Quasirenten*«. Dazu rechnet er insbesondere auch alle Konsumenten- und Produzentenrenten.

Zur »*Konsumentenrente*« schreiben *Gide & Rist*: »Hinsichtlich des Verbrauches hat die neue Schule aus dem Gesetz des auf jedem Markt herrschenden Einheitspreises eine merkwürdige Folgerung gezogen. Obgleich es nämlich nur *einen* Preis für alle Käufer gibt, so ist doch der Grenznutzen für einen jeden der Verbraucher äußerst ungleich.« Denn all denjenigen Käufern, die bereit gewesen wären, für das zu erwerbende Gut einen höheren Preis zu zahlen, »fällt ein Gewinn zu, und zwar unter der Form einer Ausgabeersparnis. Das nennt Professor *Marshall* die »Rente des Verbrauchers«. Er wählt diese Bezeichnung, um sie mit der berühmten Rente des Produzenten in Verbindung zu bringen, . . die auf der gleichen Ursache beruht, d. h. auf wechselnden Unterschieden – für jeden Produzenten – zwischen dem auf dem Markt gezahlten Verkaufspreis und den Produktionskosten oder 'Opfern' eines jeden von ihnen. In Wirklichkeit besteht die Identität zwischen diesen beiden Rentenkategorien kaum mehr als auf dem Papier, denn die Rente des Verbrauchers ist rein subjektiv, während die des Produzenten einen Handelswert hat. Es genügt ganz einfach, wenn man sagt, daß der Tausch in den meisten Fällen den Menschen ungleiche Befriedigungen, auch bei gleichem Preise, gewährt.«[1]

Die »*Produzentenrente*« ergibt sich für *Marshall* aus dem Unterschied, der zwischen einem Einkommen aus Anlagekapital (der echten Rente) und dem Einkommen, das sich aus dem von dem Einkommensempfänger *früher* selbst verfertigten Produktionsmittel ergibt. Dieses letztere Einkommen bezeichnet er als »*Quasirente*«. »Quasirenten« sind für Marshall also die Einkommen, die der Bodenrente ähnlich sind, aber nicht aus Naturquellen fließen. *Marshall* selbst: »Der Unterschied zwischen der Bodenrente und den Quasi-Renten beruht auf der Tatsache, daß der Mietpreis der anderen Gegenstände, unter gewöhnlichen Umständen und auf die Dauer, die normalen Profite, die sich über die Produktionskosten hinaus ergeben, nicht weit übersteigen kann, während das Angebot an . . Boden sich der Nachfrage . . nicht schnell genug (wenn überhaupt) anzupassen vermag; deshalb vermag das Einkommen, das daraus (aus dem Boden also) gezogen werden kann, ständig die normalen Profite . . . weit zu übersteigen.«[2]

Schließlich zählt *Marshall* auch noch »*Erworbene persönliche Fähigkeiten*« (Acquired Personal Qualities) zu den *Quasi-Renten*, wobei er unterscheidet zwischen »außergewöhnlichen natürlichen Begabungen« (extraordinary natural abilities) und solchen Fähigkeiten, die dank entsprechender kostspieliger Ausbildung erworben werden konnten. Jedoch können solche Fähigkeiten in aller Regel keineswegs so ausgebeutet werden wie Bodeneigentum; vor allem können sie auch ausschließlich von den Personen ausgeübt und ausgenutzt werden, die

1 *Gide & Rist*, Seite 599
2 *Gide & Rist*, Seite 634

sie besitzen. »He who possesses them cannot employ a manager and go off to golf, cannot sell them and invest the proceeds in war loan nor let them and receive the rent; and when he dies, they die with him.«[1]

Ausgenommen den Fall der Sklaverei: in diesem Falle kann der Sklavenhalter-Eigentümer die Fähigkeiten seiner Sklaven so ausbeuten wie der Grundeigentümer seinen Grund und Boden. Doch *Marshall* 'wiegelt' ab: »Human beings are not brought up to their work on the same principles as a machine, a horse, or a slave.«[2]

*

Von vergleichsweise wesentlich größerer Bedeutung als die bisher erörterten Kosten-, Preis- und Rententheorien ist die *Zins- und Geldtheorie Marshalls* für die Weiterentwicklung der Nationalökonomie.

»Nach der klassischen Theorie ist der Zinsfuß der Faktor, der die Nachfrage nach Investition und die Bereitwilligkeit zum Sparen miteinander ins Gleichgewicht bringt. Die Investition stellt die Nachfrage nach investierbaren Mitteln dar, und die Ersparnisse stellen das Angebot dar, während der Zinsfuß der »Preis« der investierbaren Mittel ist, zu dem die beiden ausgeglichen werden. Genau so wie der Preis einer Ware notwendigerweise auf dem Punkt fixiert wird, auf dem die Nachfrage nach ihr gleich ihrem Angebot ist, so wird der Zinsfuß unter dem Spiel der Marktkräfte notwendigerweise auf dem Punkt zur Ruhe kommen, auf dem die Summe der Investitionen zu diesem Zinsfuß gleich der Summe der Ersparnisse zu diesem Zinsfuß ist.«[3]

Alfred Marshall hat seine Auffassung vom *Zinsfuß* in seinem Buche »Principles of Economics« so formuliert:

> »Der Zins, das heißt der für die Benützung von Kapital (capital) in irgendeinem Markt bezahlte Preis, neigt zu einer Gleichgewichtslage derart, daß die gesamte Nachfrage nach Kapital in jenem Markt und zu jenem Zinsfuß gleich dem gesamten Bestand (aggregate stock) ist, der zu jenem Zinsfuß auf den Markt kommt (forthcoming there at that rate of interest).«
>
> In einer Fußnote zu diesem Satz von *Marshall* schreibt *Keynes:* »Es ist zu beachten, daß *Marshall* das Wort »Kapital« und nicht »Geld« (money) und das Wort »Bestand« (stock) und nicht »Anleihen« (loans) gebraucht; und doch ist der Zins (interest) eine Zahlung für das Borgen von *Geld* (a payment for borrowing money), und »Nachfrage nach Kapital« (demand for capital) sollte in diesem Zusammenhang die »Nachfrage« nach Geldanleihen

1 zit. i. *Edwin Cannan:* »A Review of Economic Theory, King and Son, London 1930, S. 328
2 zit. i. *Cannan* a.a.O. S. 329
3 *Keynes* a.a.O. S. 147

(demand for loans of money) zum Zwecke des Kaufes »eines Bestandes an Kapitalgütern« (a stock of capital goods) bedeuten. Die Gleichheit zwischen dem Angebot des Bestandes an Kapitalgütern (stock of capital goods) und der Nachfrage nach dem Bestand (stock) wird aber durch die *Preise* der Kapitalgüter und nicht durch den Zinsfuß hergestellt. Was der *Zinsfuß* herstellt, ist die Gleichheit zwischen der Nachfrage und dem Angebot von Geldanleihen, das heißt Darlehn. (It is equality between the demand and supply of loans of money, i.e. of debts, which is brought about by the rate of interest.)[1]

An anderer Stelle sagt *Marshall:*

»Die Möglichkeit des *Sparens* beruht auf dem Überschuß, welchen das Einkommen über den notwendigen Aufwand aufweist, und dieser Überschuß ist bei den Wohlhabenden am größten. In England rühren die meisten der großen, aber nur sehr wenige der kleineren Einkommen von Kapitalnutzung her. Am Beginn des 19. Jahrhunderts war das Sparen in den kaufmännischen Kreisen Englands viel mehr in Übung als bei den Gutsherren und Arbeitern. Diese Tatsachen verdichteten sich bei den englischen Nationalökonomen der letzten Generation zu der Theorie, daß Ersparnisse fast ausschließlich nur aus dem Kapitalgewinn gemacht werden. ...

»Wie die menschliche Natur nun einmal ist, sind wir berechtigt, den *Kapitalzins* als ein *Entgelt für das Opfer* aufzufassen, *welches im Abwarten des Genusses liegt,* denn nur wenige Leute würden ohne solches Entgelt sparen; wir sagen ebenso, daß der Arbeitslohn ein Entgelt für die Arbeit ist, weil wenig Leute ohne Entgelt hart arbeiten würden. Der Verzicht auf einen augenblicklichen Genuß um eines künftigen willen ist von den Ökonomisten *Enthaltsamkeit* genannt worden. Dieser Ausdruck hat zu Mißverständnissen geführt, denn die größten Vermögenssammler sind sehr reiche Leute, die teilweise im größten Luxus leben und sicherlich nicht die Art Enthaltsamkeit üben, welche mit Einschränkung gleichbedeutend ist. Die Ökonomisten wollten nur sagen, daß derjenige, der etwas, was er verzehren könnte, nicht verzehrt, mit der Absicht, seine Einkünfte in der Zukunft zu vermehren, eben durch diese Enthaltsamkeit vom einzelnen Konsumtionsakt die Ansammlung von Reichtum fördert. Wir wollen aber, um Mißverständnisse zu vermeiden, diesen Ausdruck lieber gar nicht anwenden, vielmehr sagen, daß die Ansammlung von Reichtum gewöhnlich das Resultat eines Genußaufschubes oder des *Abwartens* von Genuß ist.«[2]

1 *Keynes* »The General Theory« Seite 186

2 *Alfred Marshall* in »Principles of Economics« – dtsch. »Handbuch der Volkswirtschaftslehre« zit. i. *Schmölders* »Geschichte der Volkswirtschaftslehre« Rowohlt Taschenbuch Seite 263 ff

Wenn also, wie *Marshall* hier schreibt, der Kapitalzins das Entgelt für das »Abwarten des Genusses«, das heißt für die bloße »*Abstinenz*« ist, müßte man dann nicht auch weiter daraus schließen, daß die pure »Abstinenz« ein »Produktionsfaktor« ist, so wie der Lohn das Entgelt für den Produktionsfaktor »Arbeit« ist? Und die Grundrente das Entgelt für den Produktionsfaktor Boden? Eine gar wunderliche Vorstellung, die zugleich den Unfug der Begriffe »Produktionsfaktor Kapital« und »Produktionsfaktor Boden« enthüllt. Produzieren im wirtschaftlichen Sinne kann allein der Mensch mit seiner körperlichen und geistigen Tätigkeit, der »Arbeit«, wohingegen »*Grundrente*« und »*(Geld-)Kapitalzins*« schlicht und ergreifend »*Preise*« sind, die sich aus Angebot und Nachfrage ergeben. Und wenn man den Begriff »Preis« in seinem tiefsten Gehalt begreift, so bedeutet er »belohnen«, »*Opfer*«. Das aber heißt, der Zinszahler, nicht der Zinsnehmer, muß einen »Lohn« zahlen, ein »Opfer« bringen, um die Sache, Boden oder Geld, zu bekommen, dessen er bedarf. Und je nach Unvermeidbarkeit oder Dringlichkeit des Bedarfs, zumal bei Grund und Boden, kann man denn auch mit vollem Recht von *Ausbeutung* reden.

Denn der Boden ist nicht vermehrbar, nicht produzierbar wie jedes mit menschlicher Arbeitsleistung hergestellte Produkt. Mithin verfügt jeder Bodeneigentümer faktisch über ein *Monopol*, das er ausbeuten kann und ausbeutet. Genau das gleiche gilt für das *Geld*, soweit dessen Menge zur Sicherung seiner Funktionsfähigkeit als Wertmesser in einem ganz bestimmten, festen Verhältnis zur Gesamtmenge der Produktion gehalten wird (was Aufgabe der Zentralnotenbank eines Währungsgebietes ist): es besitzt *Monopolcharakter.*

Das aber heißt in Bezug auf das *Sparen:* jeder, der spart und sein Geld »liquide« hält, entzieht dies seinem wahren Zweck als Tauschmittel und verhindert dadurch den vollständigen Wirtschaftskreislauf in der arbeitsteiligen Marktwirtschaft. Denn die Produzenten der Wirtschaftsgüter und die von ihnen hergestellten Produkte können nicht »warten«, wenn sie nicht hungern bzw. mehr oder weniger rasch verderben wollen. Nur wenn der Sparer seine »Liquidität« anderen Menschen, direkt oder indirekt über Spar- oder sonstige Kreditinstitute, zur Verfügung stellt, schädigt er den Wirtschaftskreislauf und damit die Gesellschaft als ganzes nicht. Der Sparer bringt also in keinem Falle ein »Opfer« mit seiner »Enthaltsamkeit« vom sofortigen »Genuß« der erarbeiteten Güter, sondern soweit er seine Geldmittel (ohne Weitergabe an Dritte) »liquide« hält, müßte er obendrein noch dafür bestraft werden, daß er sich so, wirtschaftsschädigend, verhält. Das ist denn auch der Sinn der *Keynes*'schen Forderung nach Belegung aller »*Liquidität*« mit »*Durchhaltekosten*« – analog den »Durchhaltekosten«, die jeder Unternehmer, sichtbar beispielsweise in den jährlichen »Abschreibungskosten«, aufbringen muß. (Daß dieser Vorschlag von *Keynes* so gut wie niemals von unseren einfluß-

reichen Ökonomisten in die Debatte geworfen wird, wenn es sich um die Frage der Überwindung der Arbeitslosigkeit handelt, kennzeichnet mehr als alles andere deren Einstellung.)

Alfred Marshall aber kann man solche Überlegungen, wie sie dann sein Schüler *Keynes*, auch erst Ende der zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts, angestellt hat, kaum zum Vorwurf machen; und zwar nicht nur, weil er noch voll und ganz in den Vorstellungen der Klassik aufgewachsen ist und in einer Zeit der höchsten Blüte des Britischen Empire und der überragenden Bedeutung des auf Goldbasis beruhenden Pfund-Sterling, sondern weil er auch noch nicht *die fatalen Folgen* seiner *Zins=gleich-Entgelt-für-Warten-Theorie*, sowie die der *Say*'schen *Das-Angebot-schafft-sich-selbst-die-Nachfrage-Theorie* erlebt hat, obwohl auch noch zu seiner Zeit das Arbeiter-Elend in England sehr groß gewesen ist. Dieses entscheidende Erlebnis kam erst im Oktober 1929 mit dem Beginn der weltweiten Wirtschaftskrisis.

Und auch *John Maynard Keynes* hatte dieses Erlebnis, das zu seinem »Damaskus« wurde, erst um diese Zeit, und seine »*Allgemeine Theorie*«, die die Abwendung von der klassischen Theorie eingehend belegt und geradezu zu jener berühmt gewordenen »*Keynesianischen Revolution*« führte, erschien sogar erst Ende des Jahres 1935. Und was immer man gegen *Keynes* einwenden kann – so vor allem seinen Vorschlag der Verstaatlichung der Investition, verbunden mit deficit spending (was im übrigen auch nur als Zwischenlösung gedacht war) –, so bleibt noch immer sein *moralischer Mut* zu bewundern, der ihn nicht nur 1919 veranlaßte, seinen Posten in der britischen Friedensdelegation von Versailles zu verlassen, weil er die harten *Clemenceau*'schen Reparationsbedingungen gegen das Deutsche Reich nicht billigen konnte, sondern der ihn auch veranlaßte, der Klassik den Rücken zu kehren und nach einer besseren Lösung der Konjunkturprobleme zu suchen, als sie die Klassik bot. Wie dann trotzdem gelegentlich noch *Keynes* – mit einer Aussage in seinem Buche »The Economic Consequences of the Peace« von 1919 zugunsten des *Say*'schen »Sparen-gleich-Investieren-Theorems« –[1] quasi zum Kronzeugen dieses Theorems herangezogen werden kann, bleibt – ja – höchst bemerkenswert; wo es doch überhaupt keinen Zweifel unterliegen kann, daß *Keynes* gerade dieses Theorem bekämpft hat mit der Forderung, daß die von diesem Theorem implicite gestützte »*Liquiditätspräferenz*« der Geldkapitalbesitzer (bei ihnen zu gering erscheinender Verzinsung ihrer Liquidität) unter allen Umständen überwunden werden muß durch geeignete Maßnahmen zur Belebung der »*effektiven Nachfrage*«, wenn denn die Gesamtordnung nicht eines Tages völlig zusammenbrechen soll.

1 vgl. hierzu Fragen der Freiheit Heft 59, S. 13 und Heft 165, S. 84

Und noch einmal zu Ehren *Marshalls* sei festgehalten, daß er bereits 1879 in seinen »Economics of Industry« (S. 154) einmal die Bemerkung gemacht hat: »Obschon aber Menschen Kaufkraft haben, mögen sie vorziehen, sie nicht anzuwenden.« Freilich, so bemerkt *Keynes* dazu (in Anlehnung an *Hobson*), scheine *Marshall* diese Tatsache nicht für so wichtig gehalten zu haben, »da ihre Wirkung nur auf Zeiten der Krise beschränkt« sei.[1]

2. *Die Weiterentwicklung der Grenznutzentheorie zur Wohlfahrtsökonomie: Arthur Cecil Pigou* (1877–1959)

Nachfolger *Alfred Marshalls* war sein Schüler *Arthur Cecil Pigou*, der das bereits von seinem Lehrer erkannte Problem der Wohlfahrtsökonomie zu einem geschlossenen System ausbaute, den »*Welfare Economics*«. *Marshall* hatte den realisierten »Gesamtnutzen«, das »Sein«, einem zu erreichenden Wohlstand aller Bürger, dem »Sollsein«, gegenübergestellt und damit den Wohlstandsbegriff als die Summe der Nutzen aller individuellen Haushalte definiert. Es handelt sich mithin um eine Maximierung der Produktion und eine Optimierung der Verteilung. Die Lösung dieses Problems sollte mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen erreicht werden.

Harald Winkel faßt diesen Gedanken *Marshalls* folgendermaßen zusammen:

> »Mit Hilfe seines Konsumentenrentenbegriffes untersucht *Marshall* die sozialen Auswirkungen des Reichtums. Durch die graphische Darstellung und die Addition der individuellen Konsumentenrenten glaubt er einen Maßstab für den Einsatz staatlicher Mittel zur Beeinflussung dieser Konsumentenrenten gefunden zu haben. Da sinkende Preise die Konsumentenrenten ansteigen lassen, steigende Preise die Konsumentenrenten verringern, sieht er in *Staatssubventionen*, die die Preise ermäßigen, und in *Steuern*, die die Preise erhöhen, das geeignete Instrument zur Förderung des allgemeinen Wohlstandes. Tatsächlich wird hier die Grundlage eines Umverteilunsprozesses beschrieben, wie er sich heute im Staatshaushalt niederschlägt. Für die Gesamtwirtschaft wird eine Wohlstandssteigerung eintreten, wenn die Steigerung der Konsumentenrente auf einem Markt den Rückgang durch erhöhte Besteuerung auf einem anderen Markt überwiegt. Mit der Kombination von Subvention und Steuern sieht *Marshall* in unterschiedlichen Wirtschaftszweigen die Möglichkeit, derart Einfluß zu nehmen, daß mit dem Steuermehrertrag aus einem Wirtschaftszweig mit steigender Angebotskurve (= Gesetz des abnehmenden Ertrags) ein Wirtschaftszweig mit fallender Angebotskurve (= Gesetz

1 Vgl. *Keynes* »Allgemeine Theorie« Seite 17

des zunehmenden Ertrags) subventioniet wird, so daß hier die Konsumentenrente stärker ansteigt als sie im ersten Wirtschaftszweig fällt.«[1]

Marshalls Wohlfartsanalyse ist indessen kritischen Einwendungen ausgesetzt. So schreibt *Alfred Kruse* u. a.:

»Wie immer bei der Partialanalyse, so ist auch hier gegen die Klausel, daß alles übrige gleich bleibt, einzuwenden, daß durch Wirkungen auf andere Märkte auch die Realeinkommen verändert werden, wodurch letztlich wieder Rückwirkungen auf den ursprünglich untersuchten Markt ausgehen. . . .
»Die Konsumentenrenten verschiedener Individuen sind nicht vergleichbar, weil der Grenznutzen des Geldes der betroffenen Verbraucher und Verbrauchergruppen in der Regel verschieden ist. Dadurch verliert der Vergleich der Konsumentenrenten aber erheblich an Genauigkeit. . . . (was schon *Marshall* selbst eingeräumt hatte. . . .
»Auch subjektive Konsumentenrenten und objektive Produzentenrenten sind im Grunde nicht vergleichbar, addierbar oder gegeneinander aufrechenbar.
»Damit ist angedeutet, daß *Marshalls* Methode zum Messen der ökonomischen Wohlfahrt und die Beurteilung wirtschaftspolitischer Probleme mit den Maßstäben der Konsumenten- und Produzentenrenten nicht ohne ernste Bedenken akzeptiert werden kann.«[2]

Der Hauptvertreter der *Wohlfartsökonomie* war jedoch *Marshalls* Nachfolger in Cambridge, *Arthur Cecil Pigou*. In seinem Hauptwerk »Wealth and Welfare« (1912), später erweitert zu »*Economics of Welfare*« (1920), statutiert er, die Nationalökonomie habe den Hauptzweck, »dem sozialen Fortschritt zu dienen«. Das Ziel sei die »soziale Wohlfahrt«, wovon die wirtschaftliche Wohlfahrt jener Teil sei, »der direkt oder indirekt in ein Verhältnis zum *Geld*maßstab gebracht werden kann«, weil der »Nutzen« als solcher praktisch nicht meßbar sei. Auf diese Weise kann er den »Nutzen« als diejenige Geldmenge definieren, die ein Wirtschaftssubjekt zu zahlen bereit ist, um einen Nutzenentgang zu vermeiden.

Pigou nimmt nun an, daß die Menschen im allgemeinen ziemlich gleiche Vorstellungen von ihren »Nutzen« haben; daraus schließt er, daß ein Maximum an Güterbefriedigung dann erreicht wird für jedes einzelne Individuum, wenn sie alle ihre Geldeinkommen – gewissermaßen unbewußt – entsprechend dem zweiten Gossenschen Gesetz verwenden, das heißt, daß sie ihre verschiedenartigen Bedürfnisse alle in einem solchen Verhältnis befriedigen, daß die Größe jedes Genusses bei allen Bedürfnisbefriedigungen relativ weitgehend die gleiche ist. Das

1 *Harald Winkel:* »Die Volkswirtschaftslehre der neueren Zeit«, Darmstadt 1978, Seite 71
2 *Alfred Kruse:* Geschichte der volkswirtschaftlichen Theorien« Berlin 1959, Seite 332/333

Maximum der Befriedigung ist also dann gegeben, wenn der »Grenznutzen« des Realeinkommens für alle Individuen gleich ist.

Da aber nun die Einkommen der Menschen sehr unterschiedlich sind, könne die soziale und wirtschaftliche Wohlfahrt der Gesamtheit nur dadurch erreicht werden, daß Teile der Einkommen der wohlhabenden Schichten auf die ärmeren Schichten übertragen werden. Und diese *Umverteilung* sei eine Aufgabe des *Staates*. Ein solcher Einkommensausgleich allein werde zu einem maximalen gesellschaftlichen Nutzen führen, zumal auf diese Weise auch die Folgen beschränkten Wettbewerbs (Monopole) für die Allgemeinheit gemildert würden.

Was die einzelnen von *Pigou* vorgeschlagenen staatlichen Maßnahmen als solche betrifft, so sind dies Steuern, Verbote, Lohnregelungen (unter Hinzuziehung der Gewerkschaften), Sozialgesetzgebung, Monopolkontrolle u. a. m. Sie alle würden eine namhafte Vergrößerung der wirtschaftlichen Wohlfahrt bewirken.

Hinsichtlich der Vergrößerung des Volkseinkommens als Ganzem – die ja ein Hauptanliegen der Klassik gewesen ist – muß noch ergänzt werden, daß *Pigou* aber keinesfalls die Umverteilung so weit treiben wollte, daß darunter die Gesamtproduktion leiden könnte. Ferner muß erwähnt werden, daß *Pigou* seine Verteilungstheorie nicht auf sozial-ethische Argumente gestützt hat, sondern auf reine Nützlichkeitsgesichtspunkte, weil »der Nutzen einer Geldeinheit in den Händen der Reichen geringer sei als in denen der Armen.«[1]

Abgesehen davon nun, daß von den verschiedensten Seiten gegen *Pigous* Wohlfahrtstheorie eingewendet worden ist, daß sie gänzlich unhaltbar sei, weil es sich dabei letztlich doch um eine Theorie handelt, die auf ein Werturteil gegründet ist, nicht aber um gesicherte wissenschaftliche Erkenntnis, muß hinzugefügt werden, daß es sich bei allen wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen immer nur um ein *Kurieren an den Symptomen* der nicht voll funktionierenden sogenannten freien Marktwirtschaft handelt. Solange die Marktwirtschaft nicht auf eine Geld- und Währungs-Ordnung gegründet wird, in der das Geld nicht mehr ein »unlauterer Konkurrent« der Ware sein kann, das heißt: solange das Geld als solches nicht dem gleichen Verderblichkeitsgrad wie der Durchschnitt aller Waren ausgesetzt ist und solange – eben deshalb – Menschen arbeitslos und auf staatliche (oder auch karitative) Wohlfahrtseinrichtungen angewiesen sind (die überdies allemal auch eine demütigende Wirkung auf jeden selbstbewußten Menschen haben) – solange kann es keine wirklich freiheitliche und wahrhaft »soziale« Marktwirtschaft geben.

1 vgl. *Kruse* a.a.O. Seite 335/36

3. *Institutionalismus: Thorstein Bunde Veblen* (1857–1929)

Einer der schärfsten Kritiker des »Utilitarismus« der »orthodoxen« Klassik und des »Psychologismus« der Grenznutzenschule wurde der Begründer der »Institutionellen Schule« oder des »*Institutionalismus*« *Thorstein Bunde Veblen*, nachdem mit der Gründung der »American Economic Association« im Jahre 1885 eine eigene amerikanische Volkswirtschaftslehre entstanden war. *Thorstein Veblen* verwarf den abstrakt deduktiven Gedankenbau der »orthodoxen Theorie«, zu der er auch die Grenznutzenschule rechnete, weil sie mit »Hedonismus«, Glückseligkeitsstreben, »vergiftet« sei.

Schon die Grundannahmen der ökonomischen Theorie seien ungenügend. Der Mensch trage durch sein Gewinnstreben (auch wenn durch Konkurrenz in Schranken gehalten) keinesfalls immer zur Wohlfahrt der Gesellschaft bei. Es könne auch nicht die Rede davon sein, daß Selbstinteresse und Wettbewerb die Gesellschaft zu immer größerem Reichtum und Glück aufsteigen lassen. Schließlich seien die psychologischen Grundlagen ungenügend gewesen: man habe nicht nur das aus der Vernunft entspringende Erwerbsstreben in unzulässiger Weise aus den vielen Strebungen des Menschen isoliert und zum Motor des wirtschaftlichen Geschehens gemacht – das menschliche Streben sei durchaus nicht immer auf das Suchen von Lust und das Meiden von Leid gerichtet. Man habe darüber hinaus die Wirksamkeit der angeborenen *Instinkte* im Wirtschaftsleben nicht beachtet. Die Vernunft sei von viel geringerem Einfluß, als man allgemein annehme; *die instinktiven Reaktionen seien das Ursprüngliche*; aus ihnen treffe die Vernunft lediglich eine Auswahl.

Der wichtigste der menschlichen Instinkte sei der *Drang nach sinnvoller Arbeit* (»instinct of workmanship«), der die Menschen zur Schaffung jener materiellen Dinge veranlasse, die zur Beherrschung der Natur führen. Doch dieser Drang sei durch die *Institution des Privateigentums* vom Streben nach Reichtumsanhäufung unterdrückt worden. Die Gesellschaft bestehe aus *zwei Klassen*, der Klasse der *Müßiggänger*, die in Luxus lebe, und einer *arbeitenden* Klasse. Wettbewerb gäbe es nicht nur am Markte, sondern auch beim Streben nach Eigentum, Ruhm und Macht. Dabei spiele die Nachahmung in der Ansammlung und Verwendung von Geld und Eigentum und das neiderfüllte Vergleichen der Lage der einzelnen untereinander eine entscheidende Rolle.[1]

Neben der Institution des Privateigentums bezeichnet *Veblen* jede gewohnheitsmäßige Art zu denken, jede »eingeschliffene Denkweise der Allgemeinheit« überhaupt als »*Institution*«, so den *Kredit* und das »abstrakte Recht des fernen Besitzers an seinem verpachteten Grund und Boden, die »*absentee ownership*«,

1 vgl. *Kruse* a.a.O. Seite 176

und sogar das »vornehme Leben der feinen Leute«, die auf jede nutzbringende Tätigkeit verzichten und sich der Muße *(leisure)* hingeben.

Mit seiner *Theorie der feinen Leute«* (1899) trat *Veblen* mit solch herausfordernden Formulierungen an die Öffentlichkeit, daß die Schockwirkung noch Jahrzehnte anhielt. *Veblen* sieht die gesamte Geschichte der westlichen Zivilisation durch einen Konflikt zwischen dem aggressiven räuberischen Instinkt, der vorwiegend dem egoistischen, individuellen Interesse dient, und dem Bedürfnis nach nützlicher Arbeit, das allen Menschen eigen sei und das allein die Interessen der gesamten Gesellschaft fördern könne. Dieser Konflikt nehme zwar im Laufe der Zeit die verschiedensten Formen an, bleibe aber im Grunde immer gleich. Aus dem Räuberhäuptling von einst wurde der Industriekapitän des 19. Jahrhunderts, aus dem Räuberbaron des Mittelalters der Finanzmagnat der Gegenwart. Allen gemeinsam sei, daß sie keine nützliche Arbeit leisteten, sondern allein aus egoistischen Gründen die Gesellschaft ausbeuteten. »Das erste Eigentum bestand in der Beute« – so *Veblen* –, »in den Trophäen eines siegreichen Raubzugs«.

> »Auf das primäre Stadium des Eigentums, nämlich auf den Erwerb durch einfachen Raub, folgt ... die Organisation der Arbeit auf der Grundlage des Privateigentums (das heißt hier: der Sklaven).... Besitz gilt nun nicht mehr in erster Linie als Zeugnis eines geglückten Raubzuges, sondern vor allem als Zeichen der Überlegenheit des Besitzenden über andere. Damit wird der neiderfüllte Vergleich zu einem Vergleich zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen. Noch ist Eigentum weitgehend Trophäe, doch im Laufe der kulturellen Entwicklung wird es mehr und mehr zum Zeichen des Erfolgs. ...
> »Mit der Entwicklung geregelter Arbeitsverhältnisse wächst... die Bedeutung des Reichtums als Grundlage von Ruf und Ansehen. ...« Es wird
> »zum Merkmal der Tüchtigkeit« und »so bildet der Reichtum die unabhängige und endgültige Grundlage des Prestiges. Ganz abgesehen davon, ob Besitz durch eigenes aggressives Handeln oder passiv durch Erbschaft erworben wurde, so stellt er auf jeden Fall die herkömmliche Basis des Ansehens dar. Reichtum .. wird nun in der öffentlichen Meinung zum Verdienst an sich; er ist seinem Wesen nach ehrenhaft und verleiht deshalb seinem Besitzer Ehre.«[1]

Fünf Jahre nach der »Theorie der feinen Leute« erschien *Veblens* »The Theory of Business Enterprise« (1904). In diesem Buch entwickelte *Veblen* seine These von dem *Konflikt* zwischen der produktiven Kraft der *Technik* und dem ihr durchaus abträglichen Geist des »*business*«, dem kaufmännischen Gewinnstreben. Das Werk wurde zu einem Vorläufer und zu einer Materialquelle für viele spätere Theorien der Technokraten.

1 *Thorstein Veblen* in »Theorie der feinen Leute« (»The Theory of the Leisure Class«), zit. i. *Schmölders* a.a.O. S. 291 ff)

In »The Instinct of Workmanship and the State of Industrial Arts« (1914) vertiefte er seine Theorie von der instinkthaft eingepflanzten Leistungsidee des Menschen und stellte die Techniker als die Träger des zivilisatorischen Fortschritts den geschäftstüchtigen Managern der Finanzwelt gegenüber. Im Gegensatz zur herrschenden Gleichgewichts- und Grenznutzentheorie war *Veblen* der Überzeugung, daß Produktivität und Rentabilität nicht das gemeinsame harmonische Endresultat der Marktpreisbildung, sondern daß sie unversöhnliche Gegensätze seien.

Auch in seinen anderen Theorien geht *Veblen* sehr eigenwillige Wege, wobei er stets alles Technische im Vergleich zum Kaufmännisch-wirtschaftlichen überschätzt. So in der *Konjunkturtheorie:* den Unternehmern gehe es darum, aus den Kapitalanlagen Renditen zu erzielen. In Erwartung größerer Gewinne nähmen sie leichtfertig neue Investitionskredite auf, was sich aber in Preissteigerungen widerspiegele, die wiederum den Wert der Kreditunterlagen erhöhten, was die Ausdehnung der Unternehmen auf dem Kreditwege erleichtere. Jedoch von einem bestimmten Punkte an habe man sich übernommen, Kreditkündigungen und Zusammenbrüche seien die Folge. Dies alles spiele sich nur in der finanziellen Sphäre der Unternehmen ab – hätten die Geschäftsleute sich nicht in die von den Ingenieuren geleiteten Produktionen eingemischt, so wäre es weder zu Überexpansionen noch zu Krisen gekommen.

In seiner *Wirtschaftstheorie* ist *Veblen* der Auffassung, die klassische und neoklassische Theorie neige zu einer statischen Betrachtungsweise und ignoriere die Tatsache, daß Wirtschaft und Gesellschaft ununterbrochen sich wandelten. Da das System der freien Marktwirtschaft, von dem die Wirtschaftstheorie immer noch träume, längst von anderen Formen gruppensolidarischen Macht- und Monopolstrebens abgelöst worden sei, verwandele sich auch der Wettbewerb in einen unsichtbaren Kampf ganzer Gruppen und Wirtschaftszweige um die Kaufkraft der Verbraucher und um staatlichen Schutz für ihre kollektiven Interessen.

In seiner *Wert- und Preistheorie* unterscheidet *Veblen* zwischen dem »wirtschaftlichen« und dem »pekuniären« Wert, der mit dem Rückgang des »Leistungsinstinkts« und dem Vordringen des »Aneignungsinstinkts« immer mehr in den Vordergrund trete, wie sich auch im Arbeitsleben die eigentlich produktive Tätigkeit zu einer bloß gewinnbringenden Beschäftigung verändert habe, die von der »Geschäftslogik des Preissystems« statt von der »mechanischen Logik der Technik« bestimmt werde. Die Folge sei nicht die von der Klassik vorausgesagte allgemeine Harmonie und nicht das »Gleichgewicht«, das die Neoklassik erwarte, sondern Antagonismen aller Art.[1]

1 soweit in Anlehnung an *Schmölders* a.a.O. S. 108 ff

So ist also die »Wirtschaftsphilosophie« *Thorstein Veblens* im ganzen äußerst kulturkritisch und pessimistisch. Doch wechselt diese Stimmung gelegentlich zu utopischen Hoffnungen, die er auf den technischen Fortschritt im Zusammenhang mit dem menschlichen »Leistungsinstinkt« setzt.

»In der Wirtschafts- und Sozialordnung wirken nicht Menschen, die isoliert dastehen und handeln und dann der Vernunft (homo oeconomicus) oder den Instinkten (behavioristische Individualpsychologie) folgen, sie schafften sich vielmehr *Institutionen*, die eigenen Gesetzen folgen. Auf die äußeren Gegebenheiten wirkten nicht nur individuelle Motivationen, sondern es bestünden auch institutionelle Gegebenheiten, und es wirkten auch institutionelle Motivationen. Er wies beispielsweise auf die negative konjunkturelle Reaktion der Familienwirtschaft (im Bereiche der bäuerlichen Wirtschaft und beim Arbeitsangebot) und die der Großbetriebe mit Fixkostenstruktur hin.«[1]

*

Da die bisherige Darstellung des Wirkens von *Thorstein Veblen* auch nicht annähernd der Bedeutung der Persönlichkeit *Veblens* gerecht wird, seien hier nachstehend einige Sätze aus *H. C. Recktenwalds* »Geschichte der Politischen Ökonomie – Eine Einführung in Lebensbildern« widergegeben.

> »*Veblen* ist 'ein philosophischer Radikaler' in einer amerikanischen Umgebung des zwanzigsten Jahrhunderts. Anders als seine britischen Gegenspieler war er frei von Benthams Psychologie; er begründete kein System und hatte kein positives politisches Programm. Und doch war sein indirekter Einfluß auf viele im öffentlichen Leben wirkenden Männer beträchtlich, vornehmlich nach der Großen Depression, als man viele unserer wirtschaftlichen Institutionen kritisch überprüfte. *Veblen* hatte es völlig klar gemacht, daß 'Prosperität' der Unternehmen nicht notwendigerweise auch ein Wohlergehen der Gemeinschaft als ganzes bedeutet. Während dieser Zeit fielen einige Ideen *Veblens*, seit Dekaden zugänglich, auf fruchtbaren Boden und faßten Wurzeln. Er mag es bedauert haben, daß so viele von ihnen in der Praxis zu einer Ausweitung der Staatsgewalt führten. Wenn es auch nicht möglich ist, auf einen einzigen Teil der Gesetzgebung hinzuweisen, den er vorgeschlagen hätte, so kann doch kein Zweifel bestehen, daß Männer, die niemals seine Bücher gelesen haben, unbewußt unter den Einfluß seiner Gedanken gerieten. Niemand vermag genau zu sagen, wann oder wie *Veblens* Ideen, die einst als radikal und gewaltsam galten und die die meisten seiner Generation abgelehnt hatten, allmählich ein Bestandteil unserer eigenen Gedankenwelt wurden.

1 *Kruse* a.a.O. Seite 177/78

Wir wissen jedoch, daß historisch eine solch langsame und durchdringende Infiltration charakteristisch für die Kraft eines geistigen Vorläufers ist.

»Wie kam es dazu? *Veblen* war ein Mensch, der oft unklar, sprunghaft, unverständlich und einseitig war und nicht wenige Fehler machte. Letztlich liegt seine Bedeutung in seiner Rolle als ein Befreier des menschlichen Geistes. Er riß die Wälle der Institutionen, Vorurteile und liebgewordene Illusionen ein, die den menschlichen Geist gefangenhalten. Scharfsinnig gebrauchte er die Vernunft und bot sie jenen als Werkzeug, die in die Geheimnisse der Gesellschaft eindringen wollten. Er ging weit über die Aufgabe des Nationalökonomen hinaus, erfüllte sie aber auch. Sein Name wurde ein Markstein in der zunehmenden Entfaltung der Wissenschaft und der westlichen Kultur.«[1]

Und an anderer Stelle:

»*(Veblen)* löste sich immer mehr von konventionellen Anschauungen und festigte zunehmend seine eigene Geisteshaltung. ...
»Wie auch immer sein Leben verlief, und es war bisweilen ein schwieriges Leben, niemals schloß er geistige Kompromisse.«[2]

Soweit sich der Institutionalismus unter *Veblens* Nachfolgern – darunter sein Schüler *John R. Commons* (1862–1945), der im Gegensatz zu *Veblen* einen mehr sozialrechtlichen Institutionalismus vertreten hatte, – auch von *Veblens* evolutionistisch-soziologischem Institutionalismus entfernt haben mag, so sicher ist doch, daß gerade dieser Schule der Durchbruch zu einer spezifisch realistisch-amerikanischen Wirtschaftstheorie gelungen war, als deren »Vater« man mithin zurecht *Thorstein Veblen* bezeichnen kann.

Quellenhinweise zu Teil VII

Edwin Cannan: »A Review of Economic Theory«, London 1930

Charles Gide & Charles Rist: »A History of Economic Doctrines«, dtsch. »Geschichte der volkswirschaftlicheen Lehrmeinungen«, Fischer, Jena 1913

John Maynard Keynes: »The General Theory of Employment, Interest and Money«, dtsch. »Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes«, Berlin 1955

Alfred Kruse: »Geschichte der volkswirtschaftlichen Theorien« Duncker & Humblot, Berlin 1959

1 *J. Dorfmann*, zit. i. *Recktenwald* a.a.O. S. 471/2
2 Seite 461/62

H.C. Recktenwald: »Geschichte der Politischen Ökonomie«, Kröner, Stuttgart 1971

Günter Schmölders: »Geschichte der Volkswirtschaftslehre« Betriebswirtschaftlicher Verlag Gabler, Wiesbaden 1961, und, mit Leseproben, Rowohlt Taschenbuch, Reinbeck 1962

Harald Winkel: »Die Volkswirtschaftslehre der neueren Zeit«, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1978

Buchgeldschöpfung und Bankenwirklichkeit
- Fragen und Antworten -

Helmut Creutz

Daß die Lehrbuchinhalte von heute die Korrekturen der gestrigen sind und viele der heutigen Theorien morgen neuen Erkenntnissen weichen müssen, entspricht unseren Erfahrungen. Ohne diesen Tatbestand gäbe es keine Weiterentwicklung in Wissenschaft und Praxis.

In welchem Umfang dieser Tatbestand gerade auf den Bereich der relativ jungen Wirtschaftswissenschaft und hier besonders auf den Sektor Geld und Währung zutrifft, haben uns die letzten hundert Jahre in einem besonderen Maß gezeigt. Erinnert sei hier nur an die Theorien von der Notwendigkeit der Goldbindung oder -deckung oder der festen Wechselkurse.

Angesichts der vielen Lehrbuchirrtümer der jüngsten Vergangenheit ist es erstaunlich, daß die Theorie von der Geldschöpfung durch Banken, trotz ihrer mehrfachen Widerlegungen durch Karl Walker[1], Elimar Rosenbohm[2] oder Martin Scheytt[3] und andere, immer noch soviele Anhänger auch unter jenen hat, die ansonsten den überkommenen Lehren in vielen Punkten kritisch gegenüberstehen.

In einer nicht immer systematischen Form von Fragen und knappen Antworten soll darum nachfolgend noch einmal versucht werden, auf die am häufigsten eingebrachten Argumente und Beweisführungen in Sachen Bankengeldschöpfung einzugehen.

A. Die Theorie

Was besagt die Geldschöpfungstheorie?

Daß Notenbanken Geld schöpfen können, ist unbestritten. Es gehört sogar zu ihren Hauptaufgaben im Rahmen einer sich entwickelnden Wirtschaft.

Nach der strittigen Theorie können jedoch auch Geschäftsbanken Geld schöpfen. Dies geschieht dadurch, daß sie Einlagen von Kunden, die ihr Geld von Bank-Kreditnehmern erhalten haben, erneut verleihen können.

Die diesbezüglichen Theorien gehen jedoch bereits in der Beschreibung des Schöpfungsweges auseinander. Einmal wird gesagt, daß jede einzelne Bank zu dieser Schöpfung in der Lage wäre, ein andermal müssen es mindestens zwei Ban-

1 Karl Walker, »Konjunkturpolitische Betrachtungen«, Zitzmann Verlag 1961. S. 155 u.f., S. 186

2 Elimar Rosenbohm, »Die Kreditschöpfungstheorie ist eine Theorienschöpfung« Zeitschrift für Sozialökonomie. Folge 13, Dez. 1967

3 Martin Scheytt, »Theoretische Grundlagen der bankgeschäftlichen Kreditgewährung – Kritischer Beitrag zur Kreditschöpfungstheorie« Duncker & Humblot 1962

ken sein, oder es wird gesagt, daß nur der gesamte Bankenapparat in seinem Zusammenwirken zur Schöpfung in der Lage sei.

Was wird geschöpft und woraus?

Auch hier sind die Schöpfungstheoretiker uneins. Während die einen klar von Geldschöpfung reden, sprechen andere nur von Kredit- oder Liquiditätsschöpfung. Geschöpft wird das »Geld« – hier besteht mehr Einigkeit – im Bereich der Girokonten, deren Bestände – wieder nach der Theorie – durch die Schöpfung auf ein Vielfaches ausgeweitet werden können. Darum werden diese Bestände häufig auch als »Giralgeld« oder »Buchgeld« bezeichnet, obwohl es sich um nichts anderes als Bankguthaben handelt, also Ansprüche auf Geld, die lediglich als Sichtguthaben bestimmten Kriterien unterliegen.

In welcher Größenordnung können die Geschäftsbanken Geld schöpfen?

Da jede Mark immer wieder zu den Banken zurücklaufen und aufs neue ausgeliehen werden kann, ist theoretisch der Schöpfungsrahmen unbegrenzt und damit unendlich. Eingegrenzt wird er in der Praxis lediglich durch die Kassenhaltung der Banken und die abzuführenden Mindestreserven, also jenen Einlagenanteilen, die aus Liquiditätsgründen bzw. den Notenbankvorschriften entsprechend stillgelegt werden müssen.

Wie wirkt sich diese Eingrenzung auf die Schöpfung aus?

Nach der Theorie ergibt sich ein Schöpfungsgrad reziprok zur Summe von Kassenhaltung und Mindestreserven (MR).

Liegt der gesamte festgelegte Anteil beispielsweise bei 20 % der Einlagen, dann ist eine Schöpfung auf das Fünffache möglich. Bei einer Festlegung von 10 % kann die Einlage durch Schöpfung auf das Zehnfache ausgeweitet werden, bei 5 % auf das Zwanzigfache usw.

Anders ausgedrückt: Eine Verdoppelung der Reserven bewirkt eine Halbierung des Schöpfungsgrades, eine Halbierung der Reserven eine Verdoppelung desselben.

Wie läuft die Schöpfung nach der Theorie ab?

Wenn eine Bank eine Einlage von 100 Mark erhält, davon beispielsweise 10 % einbehält und 90 Mark weiterverleiht, der Leiher damit eine Rechnung bezahlt und der Empfänger die erhaltenen 90 Mark wieder zu einer Bank gibt (bzw. bei Übertragung dort beläßt), dann kann diese Bank die 90 Mark, wieder unter Abzug von 10 %, erneut verleihen, usw.

Zählt man nun die immer kleiner werdenden Ausleihungen zusammen, dann ergibt sich tatsächlich ein Betrag, der bei 10 % MR dem Zehnfachen der Ersteinlage entspricht.

Wem gehört das geschöpfte Geld?

Geschöpftes gehört normalerweise immer seinem Schöpfer und das sind in diesem Falle unzweideutig die Banken. Natürlich könnten sie dieses geschöpfte Geld oder die geschöpften Kredite an ihre Kunden oder sonst jemand verschenken. Da dergleichen bislang nicht bekannt geworden ist, verfügen sie also selber darüber. Sie können also das Geschöpfte beliebig zum eigenen Nutzen einsetzen, für Anschaffungen beispielsweise oder natürlich auch für Ausleihungen, wobei sie in diesem Falle die gesamten Sollzinsen kassieren können, ohne an einen Dritten Habenzinsen abführen zu müssen.

Diese Beispiele werden häufig zur Erläuterung angeführt und ebenfalls als Erklärung für das Größen- und Einflußwachstum der Banken und ihre großen Gewinne genannt.

Wie groß wären heute die konkreten Schöpfungsmöglichkeiten?

Ende 1984 lagen die gesamten Sichtguthaben in der BRD bei 220 Mrd und die Mindestreservesätze (einschl. der angerechneten Kassenhaltung) bei 9 %. Da alle diese Sichtguthaben irgendwelchen Marktteilnehmern gehören (also nicht den Banken), müssen die Banken also ihr geschöpftes Geld entweder in anderen Posten versteckt halten, oder völlig unterschlagen. Da bei einem stillgelegten Anteil von 9 % eine Schöpfung auf das 11fache möglich ist, müßte dieser Schöpfungsbetrag bei etwa 2.400 Mrd liegen und die Zinserträge daraus – die man ja an keinen Einleger abführen braucht – bei 180 Mrd.

Für versteckte Zahlen dieser Größenordnung ist jedoch in den zusammengefaßten Bankergebnissen[1] überhaupt kein Platz.

Neben den Kundeneinlagen und aufgenommenen Krediten in Höhe von rd. 1.500 Mrd und Schuldverschreibungen in Höhe von rund 620 Mrd werden dort nur Eigenmittel der Banken in Höhe von 104 Mrd ausgewiesen, und die gesamten Zinsüberschüsse (Differenz zwischen Zinserträgen und -aufwendungen) lagen nur bei 64 Mrd.

B. Die Wirklichkeit

Wer kann tatsächlich Geld und Kredit schöpfen?

Zur Schöpfung von Geld und Kredit ist bei uns allein die Notenbank berechtigt

1 »Monatsberichte der Deutschen Bundesbank« 8/85, S. 15 u.stat.Teil. S. 14 und 15

und auch in der Lage. Geld schöpft sie mit zusätzlich gedruckten und herausgegebenen Noten, Kredit durch die Einräumung von Refinanzierungsmöglichkeiten an die Geschäftsbanken.

Die Geschäftsbanken können von sich aus überhaupt nicht schöpfen, auch nicht in Zusammenarbeit mit anderen Banken. Sie können lediglich mit Hilfe der Marktteilnehmer ihr Kreditpotential ausweiten, und zwar dann, wenn diese ihrerseits durch Einzahlung von Bargeld den Bargeldkreislauf verringern und ihre Guthaben aufstocken. Dies wiederum ist nur im Rahmen sich verändernder Zahlungsgewohnheiten möglich oder im Umfang der durch die Notenbank getätigten Bargeldausweitungen.

Stimmt denn das Lehrbuch-Rechenbeispiel von der Geldschöpfung nicht?

Wenn jemand einem anderen 100 Mark leiht, dieser davon 10 Mark einbehält und 90 Mark weiterleiht, der Dritte wieder 10 % einhält und den Rest weiterleiht und so fort, dann gibt es – wie jeder nachvollziehen kann – keine Vermehrung von Geld, sondern nur eine Vermehrung der Einsatz- und Nutzungshäufigkeit.

Das alles verändert sich im Prinzip auch nicht, wenn zwischen jeden Verleihvorgang ein normaler Kaufvorgang eingeschoben wird oder mehrere davon. Ebenso ändert sich an diesen Fakten nichts, wenn die Verleihvorgänge über eine oder mehrere Banken abgewickelt werden. Auch mit einer noch so häufigen Wiederholung der Vorgänge ändert sich an allem nichts: Weder beim Bargeld noch beim Übertragen von Guthaben kommt es irgendwo und wann zu einer Geldvermehrung. Vermehrt wird immer nur die Einsatzhäufigkeit der jeweiligen Bestände.

Vermehrt sich das Geld nicht durch die Buchungstechnik der Banken?

Wenn bei einer Bank Geld eingezahlt wird, dann verbucht die Bank für den Einzahler eine Forderung und für sich eine Verpflichtung.

Leiht sie das eingezahlte Geld (richtiger: das entstandene Guthaben) an einen Dritten aus, dann verbucht sie für sich eine Forderung und für den Kreditnehmer eine Verpflichtung.

Diese doppelte Buchführung bewirkt jedoch keine Ausweitung der Geld- oder Kreditmenge, sondern nur eine der Buchungsvorgänge. Selbst wenn die Bank die Guthabenbestände beider Buchungen addieren würde, würden sich weder die tatsächlichen Bankeinlagen noch die daraus resultierenden Kreditgewährungsmöglichkeiten verändern.

Kann denn über Girokontenbestände nicht zweimal verfügt werden?

Über alle Guthaben kann – genau wie beim Bargeld – jeweils immer nur einer verfügen, entweder der Kontenbesitzer oder – über die Vermittlung der Bank – ein Kreditnehmer. Dies ist auch bei Sichtguthaben nicht anders. Nur in der Höhe der tatsächlich gegebenen Sichtguthabenbestände können die Banken – nach Abzug der Kassen- und Mindestreserven – Kredite an Dritte gewähren. Würden die Guthabenbesitzer ihre Bestände morgen durch Bargeldabhebungen auf die Hälfte reduzieren, ginge auch die Kreditgewährungsmöglichkeit für die Banken auf die Hälfte zurück.

Die täglich stattfindenden Umbuchungen von einem auf ein anderes Girokonto haben jedoch auf die Kreditgewährung praktisch keinen Einfluß, da sie sich – auch bei den einzelnen Banken – weitgehend gegeneinander ausgleichen.

Selbst die Bargeldabhebungen, die ja das Kreditpotential der Banken verringern, werden weitgehend durch Bareinzahlungen anderer Kunden ausgeglichen, so daß sich eine relative Konstanz der Gesamtguthaben ergibt.

Können die Banken denn nicht das eingezahlte Bargeld zusätzlich verleihen?

Kredite werden von den Banken nicht in Bargeld vergeben, sondern in Form eines Kreditguthabens, das man allenfalls gegen Bargeld auflösen kann.

Das bei den Banken eingezahlte Bargeld ist nur das »Tauschmittel«, mit dem die Marktteilnehmer durch Einzahlung Guthaben schaffen und durch Abhebung wieder auflösen.

Der Geldschein, den man bei einer Kasse einzahlt, wird auch nicht als Deckung in den Tresor gelegt. Er wird vielmehr – nach Minuten, Stunden oder Tagen – wieder einem anderen Kunden an der Kasse übergeben, der seinerseits durch eine Barabhebung ein Guthaben verringert oder auflöst.

Wie hoch sind denn die Kassenbestände der Banken?

Weil Bargeld für die Kassen »totes Kapital« ist (das man nicht ausleihen kann und das keine Zinsen bringt), werden die Kassenbestände so klein wie möglich gehalten. In der Bundesrepublik lagen sie Ende 1984 bei 9 Mrd, bezogen auf ein Kreditvolumen von rund 2.020 Mrd also bei knapp 0,5 %.

Können die Geschäftsbanken Kredite gegen Sicherheiten schöpfen?

Banken können Kredite nur dann gewähren, wenn sie über noch nicht vergebene Guthabenbestände verfügen, ganz gleich ob aus Kundeneinlagen, Eigenmitteln oder anderweitig aufgenommenen Beträgen. Darüber hinaus können sie auch bei den besten Sicherheiten oder einem Dutzend Bürgen keinen Kredit gewähren.

Gute Sicherheiten erhöhen allenfalls die Chancen für die *Zuteilung* eines Kredits, so wie sie auch die Kredit-Zinslasten ermäßigen können aufgrund des sinkenden Risikoanteils.

Wird denn mit Wechseln kein Geld geschöpft?

Für die Bank ist ein Wechselkredit im Prinzip nichts anderes als ein Dreimonatskredit, bei dem lediglich noch ein Dritter gegenüber der Bank für die Rückzahlung bürgt.

Auch Wechsel können die Banken deshalb nur dann annehmen, wenn sie über entsprechend freie Mittel verfügen. Es sei denn, es handelt sich um größere und solide Wechsel, die sie an die Bundesbank weitergeben können, sofern sie ihr Refinanzierungskontigent dort noch nicht ausgeschöpft haben.

Aber auch in diesem Falle schöpfen nicht die Banken Geld, sondern die Bundesbank, und diese tut das nur im Rahmen ihrer gewollten Kreditausweitung.

Die Banken müssen für dieses neu in den Markt gegebene Kreditvolumen natürlich Zinsen zahlen, nicht anders als bei den Einlagen ihrer Kunden.

C. Auswirkungen der Mindestreserven

Wirken sich Veränderungen der Mindestreservesätze auf die Guthaben aus?

1973 lag der Mindestreservesatz für Sichtguthaben bei etwa 19 %, bis 1982 wurde er auf etwa 9 % gesenkt. Berücksichtigt man noch den Tatbestand, daß seit 1978 die Kassenbestände der Banken den Mindestreserven zugerechnet werden, kann man fast von einer Drittelung der stillgelegten Einlageanteile ausgehen.

Nach der Schöpfungstheorie hätte diese Herabsetzung der Reserven zumindest zu einer Verdoppelung der Guthabenbestände führen müssen. In Wirklichkeit jedoch weisen die entsprechenden Tabellen keinerlei Veränderungen aus. Das Verhältnis Bargeld zu Sichtguthaben liegt seit 1971 unverändert bei 33:67 bzw. 32:68.[1]

Warum hat eine Veränderung der MR keinen Einfluß auf die Sichtguthaben?

Kein Bankkunde wird wegen einer Veränderung der Mindestreservesätze seine Zahlungsgewohnheiten und damit die Höhe seiner Sichtguthaben ändern. Die feststellbaren leichten Schwankungen im Bereich der Sichtguthaben hängen darum weder mit den Veränderungen der MR-Sätze noch mit Geldschöpfungen

1 Helmut Creutz, »Geldschöpfung durch die Banken«, Fragen der Freiheit Nr. 167/84 Tabelle 1, S. 39 bzw. Tabelle 3, S. 45

der Banken zusammen. Sie sind vielmehr die Folge von Zinshöhenschwankungen, die es mehr oder weniger interessant machen, entbehrliche Teile der Sichtguthaben kurzfristig in lukrativere Anlagen umzuparken. Dies zeigt auch die langfristig stabile Relation der Sichtguthaben zum Bruttosozialprodukt, die in den 50er Jahren bei 11,1 % lag und in den 60er und 70er Jahren im Durchschnitt bei jeweils 11,3 %.

Worauf wirken sich die MR-Sätze denn aus?

Was sich alleine mit den MR-Sätzen verändert, das ist die Möglichkeit der Banken, aus Sichtguthaben Kredite zu vergeben.

Liegt der MR-Satz beispielsweise bei 20 %, dann können die Banken von einer Kundeneinlage in Höhe von 100 Mark maximal 80 Mark weiterverleihen.

Sinkt die MR auf 10 %, dann erweitert sich die Kreditmöglichkeit der Banken um 10 Mark je 100 Mark Einlage, also von 80 auf 90 Mark.

Wie groß ist die Auswirkung einer solchen MR-Veränderung in absoluten Zahlen?

Die gesamten Bankkredite an Wirtschaft, Staat und Privathaushalte lagen Ende 1984 bei 2.020 Mrd. Davon entstammen (nach Abzug der 9 % MR) etwa 200 Mrd den Sichteinlagen.

Würde der MR-Satz für Sichtguthaben morgen auf das Doppelte angehoben, dann verringerte sich das gesamte Kreditvolumen der Banken um etwa 20 Mrd, also von etwa 2.020 auf 2.000 Mrd, gleich etwa 1 % der gesamten Kreditsumme.

Korrekturen der MR-Sätze haben also nur eine geringe Auswirkung auf das gesamte Kreditpotential.

D. Guthabenbildung – Sichtguthaben

Wie werden Guthaben gebildet?

Bankguthaben kann man durch Bareinzahlungen oder Übertragungen bilden bzw. aufstocken.

Im Übertragungsfalle findet nur eine Guthabenumschichtung durch Umbuchung von einem Konto auf ein anderes statt. Die Gesamt-Einlagebestände der Banken verändern sich dadurch nicht. Abgesehen von geringfügigen Mindestreserven-Korrekturen bleibt also auch das Gesamt-Kreditpotential der Banken konstant.

Werden Guthaben durch Bareinzahlungen gebildet, dann erhöhen sich die Bankbestände und Kreditmöglichkeiten der Banken, während sich der Bargeldkreislauf verringert. Es findet gewissermaßen eine Umschichtung von Kaufkraft aus dem Barzahlungskreislauf in den Kredit- bzw. Übertragungskreislauf statt. Dies alles gilt auch für die Sichtguthaben.

Erhöht sich durch Guthabenbildung die Nachfrage?

Gleichgültig ob man sich sein Gehalt in bar auszahlen oder auf ein Konto überweisen läßt: Einkommenshöhe und Kaufkraft bleiben gleich, und man kann »sein Geld« auch immer nur einmal ausgeben. So wie dies für jeden einzelnen gilt, so gilt dies auch für eine ganze Volkswirtschaft. Auch ein Verschieben der Zahlungsgewohnheiten der Marktteilnehmer ändert daran nichts, wie jeder bei sich selber sehr leicht überprüfen kann. Es findet dabei lediglich ein Umsteigen aus dem einen in den anderen Nachfragekreislauf statt, was die jeweiligen Größen dieser Kreisläufe gegeneinander verschiebt.

Warum sind die Sichtguthabenbestände größer als die Bargeldmenge?

Dies ist die Folge des Tatbestandes, daß heute wesentlich mehr Forderungen durch Kontenübertragungen beglichen werden als durch Barzahlung. Vor allem im Bereich von Produktion und Handel und bei größeren und regelmäßig sich wiederholenden Zahlungen hat sich die Übertragung als die einfachere Methode durchgesetzt.

Während in der Bundesrepublik in den 50er Jahren das Verhältnis zwischen Bargeld und Sichtguthaben noch bei etwa 42:58 lag, hat es sich seit Anfang der 70er Jahre auf etwa 33:67 stabilisiert.[1] Diese Relationsverschiebung in den 50er und 60er Jahren war die Folge der Umstellung der baren Lohnauszahlungen auf Kontenübertragungen. Gäbe es morgen eine gegenläufige Entwicklung, würden sich die Sichtguthaben wieder verringern und die umlaufende Bargeldmenge vergrößern.

Sind Sichtguthaben eigentlich Geld?

Sichtguthaben werden häufig als »Buchgeld« oder »Giralgeld« bezeichnet. Solche Begriffsausweitungen tragen jedoch weniger zur Klärung als zur Verwirrung bei. Darum sollte man Begriffe immer klar gegeneinander abgrenzen und die Grenzen dort ziehen, wo sie sich sachlich-faktisch anbieten. Beim Geldbegriff liegen diese Grenzen zwischen Bargeld und Guthaben, nicht aber zwischen Sichtguthaben und Sparguthaben. Guthaben sind kein Geld, sondern nur ein verbriefter Anspruch auf Geld, den man bei Sichtguthaben auf eine besonders ein-

1 Helmut Creutz, »Geldschöpfung durch die Banken«, Fragen der Freiheit Nr. 167/84 Tabelle 1, S. 39 bzw Tabelle 3, S. 45

fache Weise auf andere übertragen kann. Die Bezeichnungen »Buchgeld« oder »Giralgeld« sind darum sachlich fragwürdig.

Sind Sichtguthaben durch Bargeld gedeckt?

Die alleinige Deckung aller Kaufkraft ist Leistung. Dies gilt für Sichtguthaben genauso wie für Bargeld oder andere Guthaben. Ist das umlaufende Bargeld durch Leistung gedeckt (also in seiner nachfragenden Menge auf das Leistungsangebot abgestimmt), dann sind auch alle durch Bareinzahlung gebildeten Guthaben gedeckt. Ungedeckte und damit inflationäre Kaufkraft kann also nur im Bargeldbereich und damit durch Handlungen der Notenbank entstehen. Eine vom Markt ausgehende Kaufkraftausweitung, zum Beispiel über Wechsel, die zur Refinanzierung an die Notenbank weitergegeben werden, ist immer durch Leistung gedeckt.

E. Verschiedenes

Woraus resultiert das Größen- und Einflußwachstum der Banken?

Banken können nur im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel wachsen. Sieht man einmal von der begrenzten Refinanzierungsmöglichkeit bei den Notenbanken ab, dann können Banken sich größen- und volumenmäßig nur in dem Maße ausweiten, wie ihnen Marktteilnehmer Mittel zur Verfügung stellen. Dieser Mittelzufluß an Geldvermögenswerten ist seit 1950 etwa viermal stärker angestiegen als die volkswirtschaftliche Leistung. Entsprechend diesem überproportionalen Zufluß an Geldvermögenswerten hat auch die Anzahl, die Größe und das Geschäftsvolumen der Banken zugenommen.

Woher kommt das Geldvermögenswachstum?

Wenn ein arbeitender Bürger jedes Jahr 10 % seines Einkommens zur Bank gibt, sammelt sich dort ein immer größeres Geldvermögen an, das schließlich sein Jahreseinkommen um ein Vielfaches übersteigt. Dasselbe gilt auch für eine Volkswirtschaft, in der – wie in der Bundesrepublik der Fall – 35 Jahre lang etwa 10 % der Einkommen in Geldvermögenswerten angespart wurden.

Mit zunehmendem Geldvermögen verschiebt sich allerdings die Einkommensbasis von der Arbeit zum Besitz. Dies spiegelt sich auch in der Zusammensetzung jener jährlichen Sparquote wider, die anfangs überwiegend aus zurückgelegtem Arbeitseinkommen resultierte, inzwischen aber überwiegend aus Zinseinnahmen besteht, also aus der Arbeit anderer.

Wie groß war die Zunahme der Sichtguthaben und Geldvermögen?

Das Verhältnis Bargeld zu Sichtguthaben lag 1950 bei 1:1,4 und seit 1970 konstant bei 1:2.

Das Verhältnis Bargeld zum gesamten Geldvermögen lag 1950 bei 1 : 8 und 1984 bei 1 : 31.

Das Wachstum der Sichtguthaben ist also gering gewesen und stagniert seit langem. Den Zuwachs der Geldvermögen kann man dagegen fast schon als explosiv bezeichnen. Im Vergleich zum Bruttosozialprodukt sind die Geldvermögen seit 1950 rund dreimal schneller angestiegen als diese Leistungsgröße, aus der die Lasten für die Verschuldung, die den Geldvermögen gegenübersteht, getragen werden müssen.

Daß die Bankbestände sogar viermal schneller als die Leistung angestiegen sind, hängt mit der zunehmenden Inanspruchnahme der Banken für die Geldvermittlung zusammen. 1950 wurden ihnen erst 45 % der Geldvermögen anvertraut, heute bereits etwa 65 %.

Bedeutet die Ausweitung des Kreditpotentials keine Geldschöpfung?

Mit einer Verschiebung der Zahlungsgewohnheiten aus dem Bargeld- in den Übertragungsbereich findet ohne Zweifel eine Ausweitung des Kreditpotentials in einer Volkswirtschaft statt. Dies ist aber keine Folge von Schöpfung, sondern der Aktivierung von vorhandener Kaufkraft. Denn während im Bargeldkreislauf die im Geldschein gebundene Kaufkraft zwischen Annahme und Weitergabe ungenutzt stilliegt, wird sie im Übertragungskreislauf für kurzfristige Kreditgewährung eingesetzt. Das Guthaben, wie auch die daraus fließenden Zinsen, sind jedoch nie Eigentum der Bank, sondern immer Eigentum des Anlegers, auch wenn bei Sichtguthaben die Bank-Zinserträge weitgehend zur Deckung der mit den Girokonten verbundenen Dienstleistungskosten verwendet werden.

Wäre Bankgeldschöpfung inflationär?

Alle in Geld verbriefte Kaufkraft die nicht durch Leistungen gedeckt ist, bewirkt Inflation. Dies gilt für ungedeckt geschöpftes Geld der Notenbanken ebenso wie für Falschgeld oder Geldschöpfungen durch die Geschäftsbanken, wenn sie dazu in der Lage wären.

Alle bekannten Inflationen dieses Jahrhunderts – ob die nach den Weltkriegen in Deutschland oder die heutigen in Israel, Argentinien oder anderswo – gehen immer auf das Konto der Notenbanken. Für durch Geschäftsbanken ausgelöste Inflationen gibt es in unseren Tagen keinerlei Beweise.

Wie groß wäre eine Inflation durch Bankgeldschöpfung?

Da die Sichtguthaben in der Bundesrepublik doppelt so groß sind wie die Bargeldbestände, müßte sich auch eine Ausweitung derselben um beispielsweise 10 %

doppelt so stark auswirken wie eine entsprechende Ausweitung der Bargeldmenge.

Nach der Geldschöpfungstheorie ist jedoch bei den Sichtguthaben keine Ausweitung um Prozentanteile möglich, sondern eine Ausweitung auf ein Vielfaches.

Der Inflationseffekt durch eine Bankgeldschöpfung müßte also so groß sein wie bei einer Vermehrung des Bargeldes auf ein Vielfaches seines Bestandes. Das heißt, gäbe es eine Geldschöpfung durch die Banken, müßten wir längst eine trabende bis galoppierende Inflation im Lande haben.

Lohnt der Streit um die Geldschöpfungstheorie?

Theorien sollen zum Verständnis von Prozessen und Gegebenheiten beitragen. Ihre Richtigkeit wird im allgemeinen durch Vergleich mit der Wirklichkeit überprüft. Bei der Geldschöpfungstheorie hat man dies offensichtlich bislang unterlassen, sonst wäre sie wohl schon längst aus den Lehrbüchern verschwunden.

Die unterlassene Klärung hat jedoch noch andere negative Folgen. Einmal werden durch den andauernden Theorienstreit viele Menschen davon abgehalten, sich mit den tatsächlichen Fehlern unseres Geldsystems zu befassen. Außerdem werden sie von den tatsächlichen Nutznießern dieser Fehler auf die Banken abgelenkt. Vor allem aber – und darauf hat bereits Karl Walker verschiedentlich hingewiesen – werden die Notenbanken von ihrer alleinigen Verantwortung für Währungsstabilität entbunden. Denn solange man davon ausgeht, daß die Geschäftsbanken Geld schöpfen können, sind ja alle Bemühungen der Notenbanken zur Situationsverbesserung zum Scheitern verurteilt.

Gibt es denn keinerlei »Schwachstellen« bei den Banken und der Geldvermehrung?

Sicherlich gibt es hier wie in der ganzen Geldordnung eine Reihe von »Unzulänglichkeiten«, denen nachzugehen es sich lohnen würde.

So kommt es wahrscheinlich zu einem Verdoppelungseffekt, wenn die Marktteilnehmer ihre Bankeinlagen durch Bargeldeinzahlungen erhöhen und die Banken – nach entsprechender Aufstockung der Kassen- und Mindestreserven – das überschüssige Bargeld gegen Gutschrift bzw. zur Verminderung ihrer Notenbankkredite bei der Notenbank einzahlen.

Ob und in welcher Größenordnung hier ein Vorteil für die Banken gegeben ist und in welchem Umfang dieser eventuell wieder durch die allgemeine Ausweitung der Geldversorgung kompensiert wird, wäre genauer zu überprüfen. Doch wie eine solche Untersuchung auch ausfällt: Eine autonome Geldschöpfung *durch*

die Banken läge auch hier nicht vor, sondern allenfalls eine Ausweitung der Kredite *zugunsten* der Banken, und zwar als Folge bestimmter Handlungsweisen (oder Unterlassungen) seitens der Notenbank.

Schlußbemerkungen

Bei der Klärung der Schöpfungsfrage geht es nicht um die Abwägung zwischen Theorie und Wahrheit (wie bei einer Glaubensfrage), sondern um eine Abwägung zwischen Theorie und Wirklichkeit. Die Bankenwirklichkeit liefert jedoch für die Schöpfungstheorie keine greifbaren Beweise, ja noch nicht einmal Indizien. Nirgendwo sind irgendwelche mysteriösen Zahlen oder Vermehrungsgrößen zu entdecken.

Als einzige Erklärung für die Diskrepanz zwischen Theorie und Wirklichkeit bleibt eigentlich nur übrig, daß die Banken zwar Geld oder Kredit schöpfen können, darauf aber in der Praxis freiwillig verzichten. Doch auch eine solche Erklärung hätte mit der Realität wenig zu tun, denn welcher Geschäftsmann würde wohl eine solche Möglichkeit – dazu noch eine völlig legale – nicht nutzen.

Außerdem müßte man sich fragen, warum die Banken mit einer immer intensiver werdenden Werbung versuchen, noch die letzte umlaufende Mark in ihre Kassen zu bringen, wenn ihnen eine solche bequeme Art der Geschäftsausweitung (und dazu noch eine so gewinnbringende!) offensteht.

Alles spricht also dafür, daß es sich bei der Schöpfungstheorie tatsächlich um eine Theorienschöpfung handelt, wie Elimar Rosenbohm schon vor Jahren treffend schrieb.[1]

1 Elimar Rosenbohm, »Die Kreditschöpfungstheorie ist eine Theorienschöpfung« Zeitschrift für Sozialökonomie. Folge 13, Dez. 1967

Zur Buchgeldschöpfung der Geschäftsbanken

Zugleich ein Beitrag zur Definition des Geldes

Elimar Rosenbohm

Die Geschäftsbanken sind gewiß eine machtvolle Institution, besonders die Großbanken. Was aber Eberhard Knöller ihnen zutraut in seinem Beitrag »Buchgeldschöpfung und Wahrheit« in Heft 173 dieser Zeitschrift, hat weder mit Wahrheit noch mit der Wirklichkeit viel zu tun. Da Knöller mit seinen Ansichten aber nicht allein steht, sei hier auf einige Punkte der »Geldschöpfungstheoretiker« eingegangen.

Übersicht:

1 Die (Buch-)Geldschöpfung einer Geschäftsbank
2 Der »Trick der Banken« mit der »englischen Buchungsmethode«
3 Die (Buch-)Geldschöpfung im Bankensystem
3.1 Semantische Schluderei der Geld- und Kredittheorie
3.2 Die Bargeldschöpfung der Notenbank
3.3 Die (Buch-)Geldschöpfung der Geschäftsbanken
3.4 Nicht alle Zahlungsmittel sind Geld
3.5 Welche Geldmenge muß gesteuert werden?
3.6 Allein die Bargeldmenge ist wirksam im Sinne der Quantitätstheorie
4 Eine theoretische und empirische Bestätigung

1 *Die (Buch-)Geldschöpfung einer Geschäftsbank*

Es heißt: Wenn aus Bargeldeinzahlungen bei Banken Sichteinlagen werden (sog. Buchgeld), könnten beide – Bargeld und Buchgeld – gleichzeitig auf dem Markt erscheinen und kaufen.

Über ein eingezahltes Sichtguthaben kann die Bank nur soweit – der Höhe und der Zeit nach – verfügen, wie das der Einleger nicht tut; beide können also nicht gleichzeitig über denselben Betrag verfügen. Das wird sofort einsichtig, wenn man sich eine Bank – ohne Eigenkapital – mit zwei Kunden vorstellt, der eine mit einem Sichteinlagen-Konto von DM 1000 und der andere mit einem Kredit-Konto von DM 1000. Der Einleger kann jetzt nur über sein Geld verfügen, wenn der Kreditnehmer seinen Kredit zurückgezahlt hat. Erhält die Bank nicht sofort das Geld vom Kreditnehmer zurück, weil der Einleger über seine Sichteinlagen verfügen möchte, muß sie Konkurs anmelden, – sofern niemand da ist, der der Bank einen entsprechenden Kredit einräumt.

Nicht anders verhält es sich, wenn wir uns statt der zwei Kunden zwei Arten von Kunden vorstellen, Einleger- und Kreditkunden.

2 *Der »Trick der Banken« mit der »englischen Buchungsmethode«*

Es heißt: die sogenannte »englische Buchungsmethode« sei der Beweis dafür, daß eine Bank Buchgeld »schöpfen« könne.

Den Bankkunden, der einen Kredit von DM 10.000,– bekommt, wird von der Bank ein Guthaben-Konto in Höhe vn DM 10.000,– eingerichtet. Zugleich ein weiteres Kredit-Konto mit dem Kredit von DM 10.000,–. (Am Tag der Einrichtung – der Kunde hat über den Kredit noch nicht verfügt – führt das zu einer »Bilanzverlängerung« von DM 10.000,–.)

Die Kontrolle über den Kredit wird durch ein Guthaben-Konto wesentlich erleichtert; es braucht nicht – wie bei der »kontinentalen Buchungsmethode« – jedesmal nachgesehen werden, wie hoch der Kredit war und ob der Kunde nicht seinen Kredit überzieht. Es genügt festzustellen, ob noch Guthaben auf dem Konto ist. Eine solche Buchungsmethode ist bei uns selten, aber nicht verboten. Wird sie in der Bundesrepublik angewandt, so wird dem bankaufsichtlich und mindestreserverechtlich dadurch Rechnung getragen, daß nur der Saldo zwischen Guthaben und Kredit-Konto des Kunden gerechnet wird, d. h. als ob die »englische Buchungsmethode« nicht angewandt und nur ein Konto geführt worden wäre, aus dem zu ersehen ist, über wieviel Kredit der Kunde jeweils verfügt hat. Die Bilanzverlängerung führt also nicht zu einer erhöhten Mindestreservehaltung, weil in Wirklichkeit überhaupt kein Guthaben entstanden ist. Eine »Geldschöpfung der Geschäftsbank«, wie das die Schöpfungstheoretiker nennen, liegt nicht vor. Der erteilte Kredit hat also nicht seine Grundlage im neuen Passivposten der Bilanz – bei »englischer Buchungsmethode« –, sondern in den übrigen Passivposten, die nicht durch die »englische Buchungsmethode« entstanden sind, in den tatsächlich erfolgten Einlagen der Bankkunden, also in der »unverlängerten« Bilanz. Hinter der so »verlängerten« Bilanz durch das eingerichtete Guthabenkonto verbirgt sich also – bis auf die erleichterte Kreditkontrolle – das blanke Nichts. Wenn die Schöpfungstheoretiker den Betrag der Bilanzverlängerung zum sog. Buchgeld zählen wollen, dann ist das ihre Sache, mit einer Geld- oder Kreditschöpfung hat das jedenfalls nichts zu tun.

Wäre die »englische Buchungsmethode« tatsächlich »der Trick der Banken«: aus dem Nichts Kredite zu schöpfen, dann ist es doch unverständlich, warum sie sich risikoreichen Geschäften versagen. Geht der Kredit verloren, nehmen sie die »Bilanzverlängerung« eben zurück. Und wieso kann überhaupt eine Bank pleite machen, wenn sie die Möglichkeit hat, durch eine »Bilanzverlängerung« neues Bankgeld zu »schöpfen«. Schade, »der Trick der Banken« funktioniert nicht bei

gewöhnlichen Geschäftsbanken. Wohl aber bei Notenbanken, die wie die Alchimisten – wenn auch nicht Gold – Geld machen »aus dem Nichts«. Sie schreiben die selbst gedruckten Banknoten auf die Passivseite ihrer Bilanz und verleihen das Geld gegen Zinsen an die Geschäftsbanken.

3 *Die (Buch-)Geldschöpfung im Bankensystem*

Es heißt:
Mit einer Bargeldeinzahlung bei der Bank A entstehe eine gleich große Menge Buchgeld. Zum Bargeld in der Kasse kommt eine Buchgeld-Gutschrift auf dem Konto. Das *Geld* habe sich verdoppelt.

Ein *anderer* Kunde der Bank A hebt (das soeben eingezahlte) Bargeld ab, und bringt es zur Bank B. (Sie steht auf der Rechnung, die er bezahlen will.) Das Bargeld kommt in die Kasse der Bank B und hinzu kommt eine Gutschrift (auf das Konto dessen, der die Rechnung ausgestellt hatte). Das zunächst bei der Bank A eingezahlte Bargeld habe sich verdreifacht: Bargeld in der Kasse bei der Bank B und gleich große Buchgeld-Gutschriften bei den Banken A und B.

Der Einzahler bei der Bank A, dem das Geld gutgeschrieben wurde (er hat es nicht wieder abgehoben, das war ein anderer), der Kontoinhaber der Bank B, dem der Rechnungsbetrag gutgeschrieben wurde, und die Bank B, die das Bargeld ja in der Kasse hat, alle drei könnten uneingeschränkt über einen gleich hohen Geldbetrag verfügen.

So sieht – grob gesehen – die Buchgeldschöpfungstheorie der Banken in der Praxis aus. Grob gesehen deswegen, weil hier der Vorgang, daß die Banken von jeder Bargeldeinzahlung 10 % als Barreserve zurückhalten, unberücksichtigt blieb. (Bis die Summe der Kassenreserven bei der 1., 2. und letzten Bank die Bareinzahlung erreicht, muß eine unendliche geometrische Reihe durchlaufen werden.) Denn selbst die Schöpfungstheoretiker behaupten nicht, daß der Vorgang in der Praxis unendlich mal wiederholt würde. Es ist ja auch schon ein tolles Stück, wenn *Geld* sich verdreifacht. Selbst dann, wenn die Abkömmlinge vom Bargeld nur (Buch-)Geld-Bastarde waren.

3.1 *Semantische Schluderei der Geld- und Kredittheorie*

Dem Studenten X, Volkswirtschaft im ersten Semester – höhere Semester denken sich nichts mehr dabei –, kam diese »Geldschöpfungstheorie der Banken« nicht ganz geheuer vor. Er wollte das gerne von hoher Autorität bestätigt haben und suchte in der Bibliothek am Ort das im empfohlene Buch von Woll, der auf diesem Gebiet eine Kapazität sei. Leider war das Woll-Buch am Ort nicht vorhanden, es mußte bei der Zentralbibliothek bestellt werden. Aber auch dort war es

nicht vorrätig. So bestellte diese es beim Buchhändler, von dem sie es prompt erhielt.

Die Zentralbibliothek schreibt das Woll-Buch dem Buchhändlerkonto gut. (Sie *erhält laufend Bücher von ihm und hat bei ihm einen Lieferantenkredit.*) Die Zentralbibliothek schickt nun das Buch zur Ortsbibliothek, die es ihrerseits dem Buchkonto der Zentralbibliothek solange gutschreibt, bis sie es wieder zurückgegeben hat. Auf diese Weise bekommt nun unser Student X das Woll-Buch.

Neben diesem leibhaftigen, anfaßbaren Buch existieren jetzt zwei weitere gleichnamige Buch-Bücher in den Büchern oder Karteien der Orts- und Zentralbibliothek. Das Woll-Buch hat sich verdreifacht!? – Das ist offenbar Unsinn. Es ist hier nur ein einziges Woll-Buch im Spiel. Denn wenn der Student Y auch das Woll-Buch haben möchte, kann man mit den Buch-Büchern ja nichts anfangen, er muß warten, bis der Student X das Woll-Buch zurückgegeben hat.

Die »Geldschöpfer« rechnen da anders: sie zählen die beiden Buch-»Wolls« – in den Büchern der Zentral- und Ortsbibliothek – tatsächlich zum leibhaftigen Woll-Buch einfach hinzu, als ob es sich da um drei Bücher handelte. Und das Erstaunliche daran ist, sie tun das nach dem heutigen Sprachgebrauch in der Theorie und der Bundesbank mit Recht.

Das liegt an der heute gebräuchlichen Definition des Geldes, worunter sowohl (Bar-)Geld wie auch Sichtguthaben (bisweilen sogar auch die Termineinlagen und Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist) verstanden werden, die man als Buchgeld oder Giralgeld bezeichnet. Diese semantische Schluderei mit dem Begriff Geld hat gewiß mit zu den verheerenden Folgen in der Geld- und Kredittheorie beigetragen.

3.2 *Die Bargeldschöpfung der Notenbank*

Wie kam man auf die (Buch-)Geldschöpfung der Geschäftsbanken? Es ist unbestritten, daß eine Notenbank (Bar-)Geld »schöpfen« kann – in dem Sinne daß sie Werte »schafft«, wie der liebe Gott die Welt »erschaffen hat, also aus dem Nichts. Denn die Druck- und Prägekosten für das (Bar-)Geld, Banknoten und Münzen, stehen ja in keinem Verhältnis zu dem Wert, den sie haben, sobald sie die Notenbank verlassen. Die »Geldschöpfung der Notenbank« ist also eine genau zutreffende Bezeichnung ihrer (Bar-)Geldproduktion. Eigenartiger Weise halten die meisten Geldtheoretiker – von den Bankpraktikern gar nicht zu reden – dieses doch wunderbare Phänomen der »Geldschöpfung« durch Notenbanken, diese Werteerschaffung aus dem Nichts, offenbar für die selbstverständlichste Sache der Welt. Sie reden vom »Wachsen« der Geldmenge, als ob es sich um eine Naturerscheinung handelt. Andauernd vermehrt »sich« das (Bar-)Geld, wie das

Unkraut auf dem Acker, und führt dann zur ärgerlichen Inflation, zur Entwertung des Geldes.

3.3 *Die (Buch-)Geldschöpfung der Geschäftsbanken*

Auch die Sichteinlagen der Geschäftsbanken – das sog. Buchgeld oder Giralgeld – nehmen laufend zu. Man nennt das – offenbar in Anlehnung an die (Bar-)Geldschöpfung der Notenbank – die (Buch-)Geldschöpfung der Geschäftsbanken. Obgleich hier eine »Schöpfung« – im Sinne einer Erschaffung aus dem Nichts wie bei dem Bargeld der Notenbank – überhaupt nicht vorliegt. Denn ohne eine Einzahlung von leibhaftigem Bargeld können keine Bankeinlagen entstehen. Und ohne Bankeinlagen gäbe es auch keine – bargeldlosen – Überweisungen. Zunächst muß der Buchhändler ein leibhaftiges Buch liefern, ehe bei der Zentral- und Ortsbibliothek die beiden Buch-Bücher in Erscheinung treten. Und da es nicht zu umgehen war, daß zwei Bibliotheken erforderlich waren, damit unser Student X sein Woll-Buch bekam, gab es jetzt doppelt soviel Buch-»Wolls« als leibhaftige »Wolls«. Zu sagen, daß die Bibliotheken insgesamt nun doppelt soviel (Buch-)Bücher – quasi aus dem Nichts – »geschöpft« hätten, wie der Buchhändler ursprünglich geliefert hat, – wie es die Schöpfungstheoretiker von den Bankeinlagen behaupten, die ja auch schneller zunehmen, als die ursprünglichen Bareinlagen – das ist doch Unsinn. Wie die Buch-Bücher nur ein Reflex davon sind, welche Bibliotheksstufen das Woll-Buch durchlaufen hat, so sind die Bankeinlagen auch nur ein Reflex davon, welche Produktions- und Handelsstufen die Waren und Güter auf ihrem Weg zum Verbraucher durchlaufen.

3.4 *Nicht alle Zahlungsmittel sind Geld*

Jetzt kommt natürlich der Einwand, man kann mit einem Buch-»Woll« (im Gegensatz zum leibhaftigen Woll-Buch) zwar nichts anfangen, aber wohl mit dem Buchgeld: nämlich bezahlen wie mit Bargeld. Zugegeben: beides sind *Zahlungsmittel*. Aber auch Brötchen können ein Zahlungsmittel sein, wenn der Bäcker damit eine Rechnung bezahlt. Damit werden sie aber noch nicht zu Geld.

Worauf es hier allein ankommt: man darf den Unterschied zwischen den Zahlungsmitteln Bargeld, Buchgeld und Brötchen nicht übersehen und so tun, als ob alle Zahlungsmittel die gleichen Wirkungen hätten. Wahrscheinlich hätte man diese Unterschiede nie übersehen, wenn man nur das Bargeld, das Stückgeld, die Banknoten, die Scheine, die Münzen als Geld bezeichnet hätte, wie das ja ursprünglich auch der Fall war. Und wenn man statt Buchgeld oder Giralgeld weiterhin Guthaben, Sichtguthaben, Sparguthaben, Bankguthaben gesagt hätte. Vielleicht hätte man dann nicht vergessen, daß Geld und Guthaben – also Bargeld und Buchgeld, wie man heute sagt – nicht dasselbe, nicht identisch sind. Tatsäch-

lich aber tut man ja heute so und zählt beide zum Geld, zur Geldmenge oder zum Geldvolumen.

3.5 *Welche Geldmenge muß gesteuert werden?*

Es ist inzwischen eine Binsenweisheit, daß der Wert des Geldes von der Geldmenge abhängt. Das wäre nach altem Sprachgebrauch das Bargeld, das Stückgeld, Banknoten plus Münzen. Da man immer mehr Zahlungsmittel zum Geld zählte (nein, die Brötchen noch nicht), weiß man nicht, wie die Geldmenge zusammengesetzt ist – man spricht vom Geldaggregat –, auf die es für die Geldpolitik ankommt.

Nach dem Sprachgebrauch und auch nach der Theorie gehört das Buchgeld zum Geld, es gehört somit zur Geldmenge. Da die Geldmenge entscheidend ist für den Geldwert (und seine Veränderungen), sind – nach der herrschenden Theorie – neben der Bundesbank, die die Bargeldmenge bestimmt, auch die Banken für den Geldwert verantwortlich, bei denen das Buchgeld entsteht. Tatsächlich produzieren die Banken mehr (Buch-)Geld als die Bundesbank (Bar-)Geld schöpft. (Die oft für entscheidend gehaltene Geldmenge M1 betrug Ende Nov. 1985 319 Mrd DM. Davon waren 215 Mrd DM Sichteinlagen (= Buchgeld) und 104 Mrd DM Bargeld.) Wenn es richtig ist, die Sichteinlagen als sog. Buchgeld zur Geldmenge zu zählen, dann müßten die Banken ja doppelt soviel Einfluß auf den Geldwert (also auf die Inflationsrate) haben wie die Bundesbank. Das behauptet zwar selbst die Bundesbank nicht. Immerhin behauptet sie aber, daß am »Geldschöpfungsprozeß« neben der Notenbank »zu jedem Zeitpunkt auch die Kreditinstitute und Nichtbanken beteiligt sind.« (Bundesbank-Monatsbericht Januar 1985, S. 16/17.)

Wie die Friedman-Monetaristen zählt also die Bundesbank alle kurzen oder kürzerfristigen Bankschulden – wie z. B. die Sichteinlagen – zum Geld. Warum eigentlich nicht auch die Schulden der Unternehmen und Privaten untereinander? In logischer Konsequenz der Friedmanschen Gelddefinition sagt der Bankier von Bethmann: »Mit den Schulden wächst das Geld.« (Johann Philipp Freiherr von Bethmann: Die Zinskatastrophe, Königstein 1982, S. 46.) Und Claus Köhler, Mitglied des Direktoriums der Bundesbank, stellte kürzlich fest: »Es beginnen auch die Grenzen zwischen Banken und Nichtbanken zu verschwimmen.« (ZKW 1985/23/1073 v. 1.12.85.)

Alle Zahlungsmittel – auch z.B. Kreditkarten – sind »Geld«, sagt v. Bethmann (ebd. S. 41) – und nicht nur v. Bethmann. (Wer mit 10 Euroschecks nach Rußland reist, muß dafür 4000 DM Geld deklarieren.) Diese Definition geht zu weit. Wie gesagt, man kann auch mit Brötchen zahlen; dadurch werden sie aber nicht zu Geld.

In der Theorie finden wir keine Antwort auf die Frage: Was ist Geld? Oder: Welche Geldmenge Zentralbankgeld (M1, M2, M3 und was es sonst noch für Geldaggregate geben mag) muß denn nun gesteuert werden, um ein stabiles Geld zu erhalten? Fragen wir den Praktiker Helmut Schlesinger, Chefvolkswirt und Vizepräsident der Deutschen Bundesbank:

»In Übereinstimmung mit einer großen Zahl von Volkswirten möchte ich als bewiesen annehmen:
1. daß die Inflation mit einer beträchtlichen Ausweitung der Geldmenge einhergeht. . . .
2. daß eine Ausweitung der nationalen Geldmenge nicht stattfinden kann ohne Mitwirkung der Notenbank.

Wenn Geldschöpfung nicht ohne Mithilfe der Notenbank möglich ist, muß dieser Zusammenhang zum Ansatzpunkt für die Kontrolle der Geldschöpfung gemacht werden. . . .

Durch Bargeldschöpfung und Mindestreserven ist die Geldschöpfung der Geschäftsbanken an die Notenbank gebunden. . . . Die Kontrolle der Geldschöpfung durch die Notenbank muß daher bei ihrer eigenen Geldschöpfung beginnen. . .

Es liegt im Ermessen der Bundesbank, wie weit sie bei ihrer Geldschöpfung gehen will. . . Zentralbankgeld wird über Kreditgewährung zur Verfügung gestellt. . .

Die Notenbank muß frei sein, sich darauf zu beschränken, jene Menge an Zentralbankgeld bereitzustellen, die zur Finanzierung eines angenommenen Wachstums der Wirtschaft ohne größere Preissteigerungen notwendig ist. . .«

(Helmut Schlesinger: Chancen der Geldpolitik – die Notenbank darf nicht die Inflation finanzieren, in der FAZ v. 10.4.76.)

Für Schlesinger kommt es also allein auf die *Zentralbankgeldmenge* an. Was ist darunter zu verstehen? Sie setzt sich zusammen aus den Komponenten Bargeld und Mindestreserven.

Unter Bargeld versteht die Bundesbank den »Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Kreditinstitute, aber einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und Münzen.« (Die Bundesbank spricht immer vom Bargeld*umlauf*, obgleich sie gar nicht weiß, wieviel von ihren Banknoten tatsächlich *umlaufen* oder im Ausland oder sonstwo hängen geblieben sind.) Die Bargeldmenge betrug am Jahresende 1985 rund 100 Mrd DM. Das Mindestreservesoll als Komponente der Zentralbankgeldmenge betrug ebenfalls rund 100 Mrd DM.

Dieses Mindestreserve-Soll ist eine reine Rechengröße, denn die tatsächlich aktuellen Mindestreserven, die auf Girokonten bei der Bundesbank gehalten werden, waren zum gleichen Zeitpunkt knapp halb so groß. Das liegt daran, daß die Mindestreserve-Komponente der Zentralbankgeldmenge »mit konstanten Reservesätzen von 1974« berechnet wird. (Inzwischen wurden die Reservesätze zurückgenommen.) Diese Komponente soll *die Entwicklung* der kurz und mittelfristigen Einlagen (mit Laufzeiten bis unter 4 Jahren) bei den Geschäftsbanken anzeigen, die von der Bundesbank für Geld gehalten werden. Bis 1982 änderten sich die Reservesätze jährlich oder mehrmals jährlich, wodurch die Entwicklung der Bankeinlagen natürlich verzerrt wiedergegeben worden wäre. Das umständlich errechnete Reserve-Soll in der Zentralbankgeldmenge hat also reinen Informationscharakter, in Wirklichkeit existiert es überhaupt nicht.

Aber auch der Informationscharakter des errechneten Reserve-Solls ist durchaus fraglich. Die Bundesbank geht davon aus, daß die kurz- und mittelfristigen Bankeinlagen (das. sog. Buchgeld) genau wie das Bargeld wirken und darum mit zur Geldmenge gehören, die gesteuert werden muß.

Wenn es richtig ist, daß die Waren und Güter ihren Preis bei ihrem Endabsatz an den Verbraucher erhalten, wo sich Ware (Angebot) und Bargeld (Nachfrage) gegenüberstehen, dann muß umgekehrt auch das Geld dort seinen Preis bzw. seinen Wert erhalten. Denn der Preis (Wert) des Geldes sind ja die Waren und Güter, die man dafür bekommt. Der Einwand, daß man beim Endabsatz der Güter aber auch mit dem sog. Buchgeld kauft, ist zwar richtig, darf aber vernachlässigt werden, weil zu 90 % der Endabsatz an den Verbraucher immer noch mit Bargeld getätigt wird. Andere Zahlungsmittel wie Schecks und Brötchen sind also die Ausnahme. *Von der Menge des Bargeldes*, das beim letzten Absatz der Güter an den Verbraucher auf dem Markt erscheint, *hängt somit auch der Preis oder Wert des Geldes ab*. Und Herr über die Menge des Bargeldes ist allein die Notenbank.

3.6 *Allein die Bargeldmenge ist wirksam im Sinne der Quantitätstheorie*

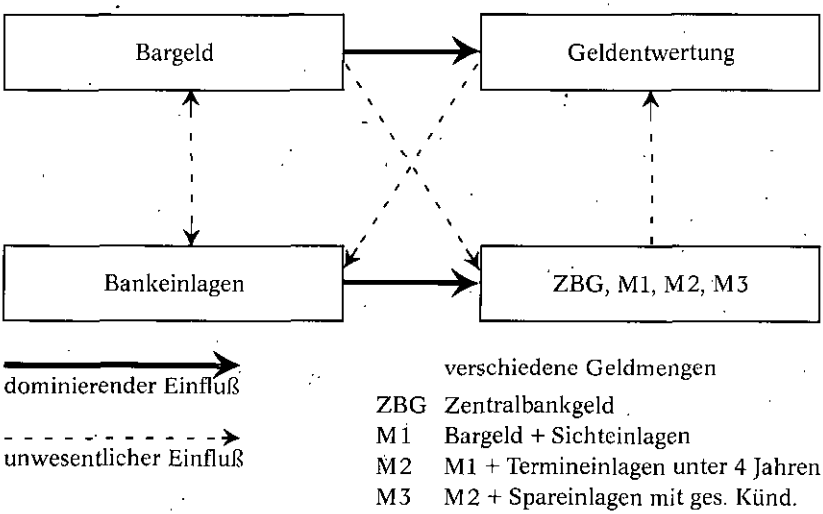
Der Unterschied in der Definition der *maßgeblichen Geldmenge* zu den obigen Thesen von Schlesinger ist mehr akademisch als grundsätzlicher oder praktischer Natur. Schlesinger stellt ausdrücklich fest, daß die *Bargeldschöpfung der Bundesbank* – also die *Bargeldmenge* – über die Inflation entscheidet.

Es ist bei Banknoten und Münzen (beim Bargeld) nicht anders als bei Waren. Erscheinen relativ viele auf dem Markt, dann sinkt der Preis bzw. der Wert (= Inflation). Nichts anderes besagt die Quantitätstheorie, die nicht nur für das Geld, sondern auch für Güter gilt. (Insofern ist sie überhaupt keine Theorie mehr, im Sinne einer gedanklichen Konstruktion, sondern eine Erfahrungstatsache.)

Wenn aber allein die Bargeldmenge entscheidend ist für die Geldentwertung – für die Inflationsrate bzw. den Anstieg des Lebenshaltungskostenindex –, dann können wir auch auf das »komplexe Aggregat wie Zentralbankgeldmenge« verzichten. Wir können auch auf die Beobachtung aller anderen Geldmengenaggregate, wie M1, M2, M3 verzichten. Wir brauchen uns überhaupt nicht darum zu kümmern, wie der *Umschlag* der Güter – vom Rohstoff über Produktions- und Handelsstufen – rein zahlungsmäßig erfolgt, d. h. wir brauchen uns um das sog. Buchgeld überhaupt nicht zu kümmern. Alle Zahlungsvorgänge beim *Umschlag* der Güter – einerlei wie hervorragend modern sie auch bargeld- und beleglos rationalisiert sind – sind völlig abhängig davon, wie die Güter auf dem Verbrauchermarkt *gegen Bargeld* abgesetzt werden. Die wundersame »Buchgeldschöpfungstheorie der Geschäftsbanken« klärt und erklärt nichts, wir können sie vergessen.

Geldmengentest

Vereinfachte schematische Darstellung der aufgefundenen Beziehungsstrukturen zwischen verschiedenen Geldmengen und der Geldentwertung nach Woll/Faulwasser/Ramb.



4 *Eine theoretische und empirische Bestätigung*

»Niemand sollte eigentlich über wirtschaftliche und politische Grundzusammenhänge mit Sachverstand urteilen oder ökonomische Wissenschaft studieren, in ihr forschen oder gar darüber lehren wollen, ohne den 'Wealth of Nations' zu kennen.« (Horst Claus Recktenwald über Adam Smith.) Und so sollte meines Erachtens niemand über »Buchgeld« belehren wollen, ohne Kenntnis der Forschungsergebnisse von:

Karl Walker: Das Buchgeld, Heidelberg-Ziegelhausen 1951

Artur Woll/Bernd Faulwasser/Bernd-Thomas Ramb: Beschäftigung, Geld und Preisniveaustabilität – Empirische Untersuchungen zum Inflationsproblem, Opladen 1977

Walker setzt sich *theoretisch* mit der wundersamen (Buch-)geldschöpfung auseinander, und seine Ergebnisse wurden durch die *empirischen* Forschungen von Woll und seinen Mitautoren voll bestätigt: Es kommt allein auf die Bargeldmenge an.

Eine Wirtschaftswende bedarf einer neuen Geldordnung

Hans Doerner

Wenn die Regierung Kohl unter der Devise angetreten ist, eine Wende herbeizuführen, so hat sie mit solchem Vorhaben kaum eine klare Zielvorstellung verbunden, vielmehr nur dem allgemein vorhandenen Unbehagen Ausdruck verliehen, daß es so nicht weitergehen könne. Ihr Wahlerfolg war die Bestätigung dafür, daß sie mit ihrer Wahlparole richtig gelegen hat, da sie der Stimmung der Wählerschichten entsprach.

Nachdem inzwischen seit dem Regierungswechsel eine beträchtliche Zeit vergangen ist, zeigt sich, daß man in den bisherigen Denkschablonen stecken geblieben ist und den gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Problemen ebenso hilflos wie zuvor gegenübersteht. Man hat gar nicht begriffen, daß es sich z. B. in der Wirtschaft nicht um eine Konjunkturschwäche im Auf und Ab einer Konjunktur handelt, sondern daß eine Krise eingetreten ist, die alle Bereiche erfaßt. Diese Krise drückt sich darin aus, daß wir in unserer technischen Entwicklung bereits die Zukunft einbeziehen, im gesellschaftlichen und ökonomischen Denken aber noch der Vergangenheit verhaftet sind. Einer Vergangenheit, in der die letzten Geheimnisse der Natur entschlüsselt schienen, und der Mensch glaubte, diese Natur in all ihren Äußerungen beherrschen zu können. Heute müssen wir nun erleben, daß die Mißachtung der Naturgesetze nicht zur Beherrschung sondern zur Zerstörung der Natur geführt hat, und es immer zweifelhafter wird, ob die eingetretenen Schäden überhaupt noch reparabel sind. Ja, die eigenen Geschöpfe, die sich der Mensch durch die Hilfskräfte der Computertechnik geschaffen hat, denken über die ihnen eingegebenen Daten hinaus und weisen auf Denkirrtümer ihrer wissenschaftlichen Schöpfer. So lassen die Computerantworten darauf schließen, daß man bei den eingegebenen Daten von falschen und unzulänglichen Voraussetzungen ausgegangen ist. (D. Heck).

Es ist daher nicht verwunderlich, daß sich die hier gekennzeichnete Diskrepanz in gesellschaftlichen und politischen Bewegungen äußert, die besonders die Jugend erfaßt. Die erste Welle des Protestes, in den sechziger Jahren, von Dutschke angeführt, versickerte in folgenden terroristischen Aktionen, weil man es nicht verstanden hatte, sie aufzufangen. Die nächsten Wellen fanden ihren Ausdruck in zahlreichen Bürgerinitiativen, in alternativen Listen und münden heute im Sammelbecken der »Grünen«. Wer darf erstaunt sein, daß sie sich ungebärdig benehmen, daß sie sich darauf beschränken, sich negativ kritisch zu artikulieren und kein fertiges Konzept vorlegen können. Wer hat denn heute in der Regierung oder der Opposition ein fertiges Konzept? Wenn wir hier von allen problematischen Themen einmal unsere wirtschaftliche Situation betrachten, so können wir zwar ständig von den Regierenden vernehmen, daß es nun wieder auf-

wärts geht, aufwärts, weil in nächster Zeit 0,5 oder 1 % Wachstum mehr zu erwarten sei. Die Erwartung von Wachstum also der Weisheit letzter Schluß? In der Tat scheint das der einzige Maßstab zu sein, der all überall angelegt wird, um einen Wirtschaftsablauf positiv oder negativ zu beurteilen. Andererseits hat man errechnet, daß ein Wachstum, das die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft, nicht erreichbar sei, abgesehen davon – was am Rande vermerkt sei – auch ökologisch nicht vertretbar sein dürfte. Also findet man sich mit einem Wirtschaftssystem ab, das für eine überschaubare Zeit über 2 Millionen offizielle Arbeitslose und wahrscheinlich die gleiche Zahl inoffizielle in Kauf nimmt! Welche verherenden Auswirkungen eine Dauerarbeitslosigkeit auf die Mentalität des Betroffenen und damit bei einer Millionenzahl in einer Gesellschaft haben muß, kann auch der nachvollziehen, der selbst noch nicht arbeitslos war. Aber diese »neue Armut«, wie sie Rolf Zundel in einem bemerkenswerten Aufsatz in »Die Zeit« (Nr. 7/85, S. 3) nennt, »wird, so scheint es, von der Mehrheit der Bevölkerung pflichtgemäß bedauert . . ., aber sie beschäftigt die politische Phantasie nur in Maßen«. Der Betroffene, der sich an solchen Zustand gewöhnen soll, verfällt in Lethargie oder in Aufsässigkeit.

Es ist also nichts mit der Wachstumsideologie. Wer rechnen mag, sei auf das Beispiel von Winkler (mtg 62/84, S. 8) verwiesen. Bei einer Wachstumsrate von 3 % jährlich verdoppelt sich nach 24 Jahren das Sozialprodukt und wäre nach 240 Jahren vertausendfacht. Ein ewiges Wachstum ist eine Absurdität! Doch nicht von ungefähr hat unsere bestehende Wirtschaftsordnung das Wachstumsdenken zu ihrem wesentlichen Bestandteil gemacht. Bei der Wachstumsideologie handelt es sich – wie Winkler erläutert, – keineswegs um ein rein geistiges Phänomen, »das nur durch Umdenken und Gesinnungswandel beseitigt werden könnte« (a. a. O. S. 8). Man müsse eine natürliche und eine künstliche Wachstumsursache unterscheiden. Die natürliche Wachstumsursache liegt in der Bedürfnisbefriedigung des Menschen, die den dazu notwendigen Arbeitsantrieb auslöst. Im Gegensatz zu der oft behaupteten Unersättlichkeit des Verbrauchers tritt bei ihm stets eine Sättigungsgrenze ein, wie Winkler mit Recht nachweist. Anders ist die Situation bei der künstlichen Wachstumsrate, die für die kapitalistische Wirtschaft kennzeichnend ist. Das Geldkapital beherrscht den Wirtschaftsablauf. Es bestimmt, ob investiert wird oder nicht. Investiert wird so lange und so viel, wie das eingesetzte Kapital bedient wird. Bedient wird es nach den Regeln von Zins und Zinseszins, die dem Kapitalgeber einen ständig zunehmenden Ertrag sichert. Ein Wachstum ohne Ende, d. h. ein Wachstum bis zu dem kritischen Zeitpunkt, in dem die Leistungskraft der Wirtschaft erschöpft ist, da der wachsende Zinsendienst die Produktion unrentabel macht. Wir haben diese Situation heute z. B. in der Bauwirtschaft. Sobald aber das Geldkapital nicht mehr entsprechend bedient wird, verweigert es sich. Investitionen kommen ins Stocken, die Beschäftigung geht zurück, das

bedeutet einen Nachfrageausfall, und das Ergebnis ist die Wirtschaftskrise. Der Wirtschaftskreislauf wird also allein dadurch unterbrochen, daß das Geldkapital zurückgehalten wird, weil es nicht entsprechend bedient wird, d. h. weil die Höhe des Zinssatzes keinen Anreiz bietet.

Das Wachstumsstreben, das auf natürlichen Wachstumsursachen beruht, wird sich daher nie wirtschaftsfeindlich auswirken können, da es eine Sättigungsgrenze erreicht. Unersättlich ist dagegen die künstliche Wachstumsursache, die stets ein unbegrenzt beschleunigtes Wachstum erzwingen will. Dieses Wachstumsdenken ist wesentlicher Bestandteil unserer gegenwärtigen Wirtschaftsordnung oder genauer, unseres gegenwärtigen Geldsystems. Da es aber den ordnungsgemäßen Ablauf der Wirtschaft immer wieder verhindert, kann nur eine Änderung dieses Systems durch die Schaffung einer anderen Geldordnung zu einem ungestörten Wirtschaftsablauf führen. Die kapitalistische Marktwirtschaft hat sich zu einer unfreien Marktwirtschaft entwickelt, sie kann nur wieder frei werden, wenn ihr der kapitalistische Zahn gezogen wird.

Es war Adam Smith, der im 18. Jahrhundert als erster ein geschlossenes Wirtschaftssystem mit seiner Idee einer nur vom Wettbewerb bestimmten, völlig freien Wirtschaft entwickelte. Das Eigeninteresse des Einzelnen und auch einer Gemeinschaft, frei von staatlicher Lenkung, sei der entscheidende wirtschaftliche Antrieb, der die Eigengesetzlichkeit einer Wirtschaft, die sich bei freier Konkurrenz auf dem Markte naturgesetzlich entwickelte, in Gang halte. Voraussetzung sei allerdings die Chancengleichheit aller am Markt Beteiligten. Die Entwicklung hat gezeigt, daß es diese Erkenntnisse waren, die zu einem unwahrscheinlichen Aufschwung im wirtschaftlichen Bereich der westlichen Welt geführt hatten.

Smith hat nicht vorausgesehen, daß sein unterstellter Ausgangspunkt, die Chancengleichheit aller, sehr bald nicht mehr gegeben sein würde. Die von den Geldkapitalbesitzern und Grundeignern sich immer stärker ausprägende Machtstellung wirkte sich im freien Wettbewerb völlig gewichtsverlagernd aus, so daß wir heute keine freie, sondern eine gestörte, verfälschte Marktwirtschaft haben! Eine solche Marktwirtschaft kann nicht nur nicht funktionieren, sondern sie verdient auch ihren Namen nicht. Um ihre kapitalistische Kennzeichnung abzuschwächen, wie sie sich heute rücksichtlos in den USA und England ausprägt, hängte man ihr in der BRD den sozialen Mantel um und spricht hier nur von der sozialen Marktwirtschaft, die durch Erhard populär wurde. Doch alle sozialstaatlichen Korrekturen konnten die nachteiligen Auswirkungen einer *kapitalistischen* Marktwirtschaft nicht verhindern. An Versuchen, das konjunkturelle Auf und Ab dieses Systems in den Griff zu bekommen, hat es nicht gefehlt. Es sei an Keynes erinnert, der den durch das streikende Geldkapital entstehenden Nachfrageausfall mit »deficit-spending« zu korrigieren hoffte. Oder an Milton Friedman, der monetaristische Erkenntnisse aufgriff und durch Geldmengensteue-

rung den Wirtschaftsablauf zu regeln gedachte. Doch der nach seinen Vorstellungen zu schneidernde Mantel für die benötigte Geldmenge erwies sich regelmäßig als zu weit oder zu eng.

All diese Rezepte haben es bis heute nicht vermocht, die immer wieder an irgendeiner Stelle auftretenden Schwächen unserer Volkswirtschaft zu verhindern. Letzten Endes steht man den Problemen der Arbeitslosigkeit, von Inflation oder Deflation und einer ausgeglichenen Handelsbilanz hilflos gegenüber. Es ist doch merwürdig, daß so viele sicherlich hervorragende Wissenschaftler bis heute keine befriedigende Lösung dieser Probleme gefunden haben. Nach meiner Meinung ist das u. a. darauf zurückzuführen, daß die verhärtete Konfrontation Kapitalismus-Marxismus bzw. Freie Wirtschaft-Planwirtschaft den Blick für die Realitäten verstellt. Diese Konfrontation hat bewirkt, daß jeder, der antikapitalistische Gedanken ins Gespräch bringt, sofort zum marxistischen Lager gehört, und als »Roter« keinen Anspruch mehr auf Qualifikation hat. Man ist so sehr in gewohnten Denkgeleisen befangen, daß es einem gar nicht in den Sinn kommt, Marktwirtschaft anders als kapitalistische Marktwirtschaft zu sehen. Bisher jedenfalls identifiziert man stets Marktwirtschaft mit kapitalistischer Wirtschaft. Und so ist es kennzeichnend, daß die herrschende Lehre, daß Keynes oder Milton Friedmann und ihre Anhänger, nur in kapitalistischen Geleisen denkend, Lösungen nur innerhalb dieses Systems suchen. Damit aber blockieren sie jede gedankliche Fortentwicklung. Man bewegt sich im Kreise, so lange man nicht das kapitalistische System aus dem Markt eliminiert. Bis heute hat man diese Konsequenz aus der in Teilen der Wissenschaft durchaus vorhandenen Erkenntnis von der marktverfälschenden Eigenschaft des Geld- und auch des Bodenkapitals nicht gezogen. So aber hat man einen freien Wettbewerb durch die von Adam Smith nicht vorausgesehene Machtstellung des Geldkapitals nicht fortentwickelt, sondern verhindert! Smith ging von der dienenden Rolle des Geldkapitals aus, daß es jedoch bald eine herrschende Position einnahm, hat der Marktwirtschaft ihre wesentliche Funktion genommen. Und nicht nur das, man legte damit den Grundstein für den marxistischen Sozialismus und damit für eine weitere wirtschaftliche Fehlentwicklung.

Die Konsequenz aus dieser Betrachtung: Der unbestreitbare und nicht nur durch die historische Entwicklung, sondern auch durch den bundesdeutschen Aufschwung der Nachkriegszeit sichtbare Erfolg einer freien Wirtschaft schreibt uns die weitere wirtschaftliche Linie vor. Sie bedarf jedoch der Korrektur durch Schaffung der Chancengleichheit aller am Markt Beteiligten. Diese Chancengleichheit erreicht man dann, wenn es dem Geldkapital nicht mehr gewinnbringend möglich ist, sich vom wirtschaftlichen Geschehen dann zurückzuziehen, wenn die Rendite nicht befriedigend ist. Der Neigung, in diesem Fall lieber liquid zu bleiben als zu investieren, um abzuwarten, bis die wirtschaftliche Situation wie-

der günstiger wird, muß ein Riegel vorgeschoben werden. Denn solche Neigung unterbricht den Wirtschaftskreislauf mit allen bekannten ungünstigen Folgen. Diese von Wissenschaftlern wie Keynes, vor allem aber von Gesell bestätigte Situation bedeutet im wirtschaftlichen Ablauf den entscheidenden Störungsfaktor.

Die in solchen Augenblicken bevorzugte Liquiditätsneigung gilt es zu verhindern. Die erwähnten Ökonomen empfehlen daher, die in diesen Fällen gebildete Liquiditätsreserve mit Unkosten zu belasten, die Keynes als »Durchhaltekosten« oder Gesell als »Umlaufgebühr« oder als »Bargeldsteuer« bezeichnen. Das bedeutet, daß die Gelder, die ihr Besitzer zurückhält und nicht umgehend für Konsum oder Investition vorsieht oder als Sparkapital bei einer Bank einzahlt, mit einer Gebühr (z. B. mit jährlich 3–4 %) belegt werden müssen. Damit wird die Kassenhaltung, die Liquiditätsreserve uninteressant, der Geldinhaber sieht sich gezwungen, seine flüssigen Mittel schnellstens weiterzugeben, das Geld steht nunmehr unter Umlaufzwang! Wer dann der Wirtschaft liquide Mittel entzieht, tut dies zu seinem eigenen Schaden. Dann ist es nicht mehr der Zins, der wie in unserem heute bestehendem Geldsystem der Fall, der Motor der Wirtschaft ist und der bisher stets versagte, wenn die Zinshöhe keinen Anreiz mehr bot, sondern das Bestreben, die Kosten einer Umlaufgebühr zu vermeiden.

Bis heute hat weder die Wissenschaft, noch die Praxis, einen anderen Weg gefunden oder aufgezeigt, die Chancengleichheit aller am Markt Beteiligten herbeizuführen. Das heute herrschende Geldsystem hat nicht nur eine sozial höchst ungerechte Vermögensverteilung bewirkt, sondern durch Zins und Zinseszins ein Kapitalwachstum veranlaßt, das unorganisch – also einem natürlichen Wachstum widersprechend – Güter so verteuern kann, daß sie sich dadurch dem Konsum entziehen. Oder, wie im Wohnungswesen, z. B. Mieten so verteuern, daß der Staat als Verfechter einer »sozialen« Marktwirtschaft mit Wohnbeihilfen ausgleichen muß. (Vergl. die aufschlußreichen Darlegungen von Creutz über den hohen Anteil des Zinses in allen Gütern »mtg« Nr. 61/84, S. 3 ff. und 64/85, S. 24 ff.)

Im übrigen ist es falsch, hier zu unterstellen, daß die Zinsen beseitigt werden sollen. Sie mögen ihren Bestand haben. Nur wird bei gesättigtem Kapitalmarkt sehr bald »der Zins in einem Meer von Kapital ersäuft«, wie es Gesell einmal formulierte. Der Zins soll durchaus seine Funktion in der Lenkung der Kapitalströme bewahren und sie dahin leiten, wo echte Bedürfnisse vorhanden sind oder sich entwickeln.

Der hier aufgezeigte Weg eröffnet zum ersten Mal die Möglichkeit, die Umlaufgeschwindigkeit der ausgegebenen Geldmenge zu beherrschen. Jeder Kaufmann weiß, daß der mehrfache Umschlag eines Warenlagers dem entsprechenden mehrfachen Umsatz der Warenmenge gleichbedeutend ist. Nur die Geldtheoreti-

ker haben bis heute nicht berücksichtigt, daß eine Beschleunigung oder eine Verlangsamung des Geldumlaufes einer Vermehrung oder Verminderung der Geldmenge gleichkommt. Daher wurde bis heute davon abgesehen, die Umlaufgeschwindigkeit der ausgegebenen Geldmenge zu beeinflussen. Das wird jedenfalls nicht dadurch erreicht, daß sich die Bundesbank damit begnügt, alljährlich ein Geldmengenziel in Aussicht zu nehmen, das zu verwirklichen stets Glücksache bleiben wird.

Eines hoffentlich nicht zu fernen Tages wird man sich dazu entschließen müssen, mit der Einführung von »Durchhaltekosten« für zurückgehaltenes Geldkapital den immer sichtbarer werdenden Strukturfehler einer kapitalistischen Marktwirtschaft zu berichtigen. Wie diese Durchhaltekosten am praktischsten gehandhabt werden, soll hier im einzelnen nicht erörtert werden.

Der Sinn der angestellten Überlegungen liegt darin, Wege aufzuzeigen, der Volkswirtschaft die Währungsstabilität zu sichern. Dies ist Aufgabe der Notenbank. Durch die Ausgabe einer auf den Umfang der Produktion, also des Volkseinkommens, abgestimmten Geldmenge versucht sie dieser Aufgabe gerecht zu werden. Unzulänglich, wie sich bisher erwiesen hat, so daß sie immer wieder Korrekturen durch Diskontsatz vornehmen muß. Mit der Festlegung von Durchhaltekosten ist es jedoch möglich, nicht nur die Geldmenge, sondern auch deren Umlaufgeschwindigkeit zu bestimmen. Damit ist die wichtigste Voraussetzung für die Währungsstabilität vorhanden, eine Voraussetzung, die bis heute fehlt. Denn erst so ist es möglich, die auszugebende Geldmenge richtig zu bemessen – das Geldmengenziel eindeutig zu bestimmen – eine Indexwährung zu schaffen (Warenkorb, Großhandelsindex) und eine beständige Kaufkraft des Geldes zu sichern! Es sollte nicht die Aufgabe einer Notenbank sein, außerdem Bankgeschäfte und Zinsmanipulationen, die man dann zur Geldsteuerung nicht mehr braucht, zu betreiben.

Gesell nannte sein Standardwerk »Natürliche Wirtschaftsordnung«. Indem er der von ihm empfohlenen Wirtschaftsordnung den Bezug zur Natur gab, nahm er Gedanken voraus, die durch unsere ökologischen Erkenntnisse heute höchste Aktualität besitzen. Wir wissen, daß die Natur durch die ihr innewohnende Selbststeuerung sich immer wieder zu regenerieren vermag, wenn diese Regeneration nicht durch menschliche Eingriffe gestört wird. Begriffe wie Kybernetik, Recycling, positive und negative Rückkopplung dienen zur Erläuterung einer sinnvollen Ökostruktur. Sie können aber auch zur Erläuterung einer sinnvollen Wirtschaftsstruktur dienen. Sollen die Wirtschaftsprozesse natürlich ablaufen, müssen biokybernetische Erkenntnisse berücksichtigt werden. Der Staat hat nur durch Rahmengesetze den störungsfreien Ablauf des wirtschaftlichen Geschehens zu sichern. Er sollte weder durch Interventionen, d. h. durch planwirtschaft-

liche Maßnahmen in den Ablauf eingreifen, noch Großunternehmen durch Subventionen unterstützen. Durch Schaffung gleicher Voraussetzungen könnte für die Vielzahl kleiner und mittlerer Unternehmen die Selbststeuerung der Marktwirtschaft gefördert werden, und bei Störungen dieser Selbststeuerung sind die Ursachen zu analysieren mit dem Ziel einer Wiederherstellung des natürlichen Kreislaufes der Wirtschaft. In der Natur haben die Menschen zunehmend gegen deren fundamentale Gesetze verstoßen. Wir stehen vor der Gefahr ihrer unwiderbringlichen Zerstörung. Wenn wir gegen die natürlichen Gesetze unseres wirtschaftlichen Geschehens verstoßen, ist es nicht anders! Auch hier hilft kein Kurieren an Symptomen, wie es heutzutage geübt wird. Nur ein grundsätzlicher Wandel im System und auch im Denken kann Besserung schaffen. Gehen wir also als erstes daran, unserer Marktwirtschaft mit der Lösung vom kapitalistischenn Denken den entscheidenden Strukturfehler zu nehmen, indem wir ein sinnvolles Geldsystem schaffen!

Buchbesprechung

Betr.: Heft 5/86 der Wirtschaftswoche
Besprechung des Buches von Joachim Starbatty:
Die englischen Klassiker der Nationalökonomie

Der Rezensent schrieb: »Das Say'sche Gesetz erhitzte damals wie heute die Gemüter, weil es wahrscheinlich eine Tautologie meint.« Schön wär's; aber dann hätte es wahrscheinlich keine Gemüter erhitzt.

Das Say'sche Gesetz besagt, daß das Angebot sich selbst seinen Absatz schafft. Das ist aber nur in einer Natural-Tauschwirtschaft eine Tautologie. Seit das Geld sich zwischen Angebot und Nachfrage geschoben hat – und Geld gab es ja zu Say's Zeiten –, stimmte dieses »Gesetz« nicht (mehr). Es besteht ja keine Gewähr dafür, daß das Geld, das für ein Produkt eingenommen wird, auch *sofort* wieder zum Kauf eines Produktes ausgegeben wird.

Das ist ein folgenschwerer Fehler unserer Geldtechnik, auf den ja vielfach hingewiesen wird, auch von unserem Sachverständigenrat (Jahresgutachten 1982, Ziff. 301): In einer Geldwirtschaft gebe es keine Garantie gegen Gleichgewichtsstörungen, d.h. Arbeitslosigkeit, denn »Einkommen muß nicht zu Nachfrage werden.« Der Sachverständigenrat sprach von dem »wertvollen Theorem« – er meinte offenbar das Say'sche –, das aber ja leider nicht stimmt. Das weiß man sogar in Moskau. Im Lehrbuch »Politische Ökonomie«, verfaßt von einem russischen Kollektiv von Ökonomen, heißt es (in der deutschen Ausgabe, Berlin 1955, S. 90): »Sobald viele Warenproduzenten verkaufen, ohne zu kaufen, kann eine Absatzstokkung entstehen.«

Weder vom Sachverständigenrat noch aus Moskau sind bisher Vorschläge bekannt, die Geldtechnik so zu ändern, daß Absatzstockungen und Arbeitslosigkeit vermieden werden. Gewiß genügt es nicht, wenn Gaddafi seine Landsleute ermahnt, ihr Erspartes den Banken zur Verfügung zu stellen, statt das Geld zu Hause in Kissen und Matratzen zu verstekken, wie der Spiegel (1/1986, S. 103) jetzt berichtete. Das haben andere schon vor ihm vergeblich getan. Eine Umlaufsicherung des Geldes muß auf Dauer eingestellt sein, damit das Say'sche Gesetz zur Tautologie wird, was geldtechnisch keine großen Schwierigkeiten machen dürfte. Zumindest sind sie geringer als 2 Millionen Arbeitslose.

Das wußte schon Keynes, denn er schrieb in seiner »Allgemeinen Theorie«:

»Jene Reformatoren, die in der Erzeugung künstlicher Durchhaltekosten des Geldes ein Heilmittel gesucht haben, zum Beispiel durch das Erfordernis periodischer Abstempelungen der gesetzlichen Zahlungsmittel zu vorgeschriebenen Gebühren, sind somit auf der richtigen Spur gewesen; und der praktische Wert ihrer Vorschläge verdient, erwogen zu werden.«

B. R.

Zeitspiegel

– Laßt euch nicht von den Eignen täuschen –*

»Weltraumprogramm 2000« – ein Weg zur Wiedergewinnung der deutschen Identität?

Am Ende seines Buches »Die Last der Nation« (Droste Verlag Düsseldorf 1984) wirft *Andreas Hillgruber* implicite die Frage auf, welche »*Leitvorstellungen*« die bundesdeutsche Politik bestimmen müßten, wenn Deutschland auf die Dauer überleben will – und es handelt sich dabei letztlich ja wohl auch um die Frage nach der deutschen Identität. Eine Antwort auf diese Frage gibt *Hillgruber* leider nicht. Aber er stellt in dem Schlußkapitel seines Buches, »*Heinemanns* evangelisch-christlich begründete Opposition gegen *Adenauers* Politik 1950–1952«, zwei politisch-moralische Sichtweisen gegenüber, die unüberbrückbar seien und die aber beide – heute eher noch verstärkt fortwirkend – ebenfalls zu keiner Lösung der Deutschen Frage führten. *Hillgruber* schreibt:

»In *Adenauer* und *Heinemann* standen sich – idealtypisch – zwei durch keinerlei Kompromiß auflösbare Gesinnungs- und Politikmodelle gegenüber, von denen eines, das seit der Reformationszeit als *eine* Möglichkeit des Protestantismus verankert, praktisch politisch lange verschüttet war, jetzt aber unter der Last der 'deutschen Katastrophe' 1945 wieder hervorbrach. Vieles spricht dafür, daß *Adenauer* die grundsätzliche Bedeutung des Konflikts und des Bruchs zwischen ihm und *Heinemann* durchaus gesehen hat, daß er aber 1950–1952 aus seiner skeptisch-pessimistischen Einschätzung der Fähigkeiten der Deutschen zur Politik heraus einer ernsthaften Diskussion der unlösbaren Problematik, der (im ursprünglichen Wortsinn) unvermeidbar tragischen Konsequenzen sowohl seiner eigenen als auch der *Heinemann*schen Deutschlandpolitik bewußt ausgewichen ist. Er zweifelte wohl daran, daß die Deutschen die Tragik, wenn sie sie erkannt hätten, psychisch ertragen hätten. Sie sollte verschleiert bleiben, bis die Westbindung der Bundesrepublik unwiderruflich geworden war.

»Dies ist tatsächlich gelungen. Doch die Folgewirkungen dieser 'Verdrängung' sollten sich von der Mitte der sechziger Jahre an in wachsendem Maße zeigen. In den sich ausbreitenden, einander ablösenden 'Bewegungen' in der Bundesrepublik – von der 'Außerparlamentarischen Opposition' Ende der sechziger Jahre bis zur 'Friedensbewegung' Anfang der achtziger Jahre – läßt sich bei aller schillernden Breite, die diesen 'Bewegungen' anhaftet, als einer ihrer Kristallisationskerne die evangelisch-christlich begründete, gesamtdeutsch orientierte Fundamentalopposition *Heinemanns* gegen die Westbindung der Bundesrepublik wiederfinden. Der grundsätzlichen Auseinandersetzung mit ihr kann nun nicht mehr wie in den frühen fünfziger Jahren ausgewichen werden; sie treibt vielmehr in einer gegenüber der 'Klarheit' des 'kalten Krieges' ins 'Diffuse' veränderten deutschen, europäischen und weltpolitischen Situation der Entscheidung zu.«

(*Hillgruber* a.a.O. Seite 118)

Wo aber stehen wir heute? Was für »*Leitvorstellungen*« herrschen heute, im Winter 1985/86, insbesondere in den Köp-

*Christa Wolf in »Kassandra«

fen unserer Regierenden in Wirtschaft, Politik und Kultur und bestimmen weitestgehend unser aller Leben und Zukunft?! Läßt nicht sogar die jüngste Entwicklung das Schlimmste befürchten, die »Weltraumpolitik« (Bundesforschungsminister *Riesenhuber*), die fortan mit mehr »Schwung« (FAZ) als bisher betrieben werden soll. Und der Minister glaubt sogar, einen »deutschen Führungsanspruch« für die »kommerzielle Nutzung des Weltraums« anmelden zu müssen und dazu eine »gewaltige nationale Anstrengung« zur »friedlichen Eroberung des Alls« erwarten zu können, die der Bundesrepublik »im Wettlauf der Nationen einen ersten Platz sichern soll« (FAZ). *Riesenhuber* wörtlich: »Bei den Informationstechnologien ... im Weltraum wollen wir von Anfang an Spitze sein.« Und dem Bundestag soll demnächst ein »*Weltraumprogramm 2000*« zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Und wenn das ganze dann noch »eine patriotisch nach vorne weisende Losung« genannt und als »nationales Anliegen« bezeichnet wird – dann kann man eigentlich nur noch sagen: Deutschland, Deutschland über alles ... bis nichts mehr von ihm übrig ist! Auf diese Weise dürfte es jedenfalls bis zum atomaren Inferno nicht mehr weit sein!

Das also sind die »*Leitvorstellungen*«, die die Köpfe unserer Regierenden in Politik, Wissenschaft und Wirtschaft bewegen. Und welches sind die *Argumente* für eine solche deutsche Weltraumpolitik? Die FAZ vom 30. Oktober 1985 bringt darüber einen ganzseitigen Artikel über einen Vortrag von *Professor Dr. Karl Kaiser*, gehalten am 16. Oktober 1985 im Verwaltungsgebäude der Klöckner-Humboldt-Deutz AG. *Prof. Dr. Kaiser* ist Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn, und Professor für Politik-Wissenschaft an der Universität zu Köln. Die von ihm vorgetragenen Argumente für eine deutsche Weltraumpolitik lauten:

»Die Fähigkeit, den Weltraum zu erobern, die dafür benötigte Technologie zu beherrschen, sowie die hierfür benötigte industrielle Basis zu schaffen, wird im ausgehenden 20. Jahrhundert und mehr noch im 21. Jahrhundert in einem wesentlichen Ausmaß mitbestimmen, welche *machtpolitische Stellung* und welches *Ansehen* ein Staat oder eine Staatengruppe in der internationalen Politik erhalten werden«

Und im einzelnen lauten *die Argumente von Prof. Dr. Kaiser* (in verkürzter Form):

»1. Die Eroberung des Weltraums bildet einen *Motor des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts*, der Innovation sowie der Modernisierung der Industriestruktur und der Dienstleistungen; sie kompensiert teilweise die in Europa in diesem Ausmaß fehlende Innovative Wirkung der *militärischen* Forschung Amerikas und vermag einen wichtigen Beitrag zur Hebung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Industrie zu leisten. ...

»2. Der Weltraum bietet *neue wirtschaftliche Betätigungsfelder*: einen neuen Markt für eine Vielzahl von Produkten ... und für die mannigfachen Zulieferer dieser Industrien ...

»3. Satellitengestützte Kommunikation eröffnet Zugang zu dem immer wichtiger werdenden grenzüberschreitenden *Informationssystem der Zukunft*. ...

»4. Der Weltraum ist von zunehmender *Bedeutung für die Sicherheitspolitik*, sowie die Politik der Abrüstung und der Rüstungskontrolle. ... Weltraumgestützte Technologie ist das wichtigste und unentbehrliche Mittel zur Überwachung von Abrüstungsmaßnahmen. ...«

Schließlich gehe es – 5. – auch noch um die Bedeutung des Weltraums als *»Element politischer Symbolik und politischen Selbstvertrauens«*. Man stelle sich vor, das hochindustrialisierte Westeuropa und mit ihm die Bundesrepublik als seine größte Volkswirtschaft würden auf einen eigenständigen *»Beitrag zur Eroberung des Weltraums verzichten*, und nur die Amerikaner und Russen würden die Menschheit im Weltall repräsentieren, im kommenden Jahrhundert etwa die Mondbesiedlung vornehmen«. . . .:

»Es ist kaum vorzustellen, daß dies mit dem politischen Selbstverständnis eines modernen industrialisierten Europas vereinbar ist, das seinen Platz in der hochtechnisierten Welt von morgen behaupten will.«

Das also ist die *»Leitvorstellung«* eines maßgebenden deutschen Naturwissenschaftlers und Professors für Politikwissenschaft! Zur Verwirklichung der ersten Schritte dieses Programms hat Bundesforschungsminister *Riesenhuber* die deutsche Industrie aufgerufen, sich mit *Investitionen* auf die Entwicklung neuer Techniken im Weltraum vorzubereiten. Nur wenn die Industrie aufgeschlossen sei, würden sich die staatlichen Mittel auch richtig *verzinsen*. Inzwischen gibt es erste Ansätze für kommerzielle Forschung im All. In Hannover wurde die *»INTOSPACE«* gegründet. Zu ihren Gründern gehören *maßgebliche deutsche Industrieunternehmen und Großbanken.* (Vgl. FAZ vom 1.11.1985.)

Da ist es also schon wieder: der Deutschen Minderwertigkeitsgefühl und die deutsche Großmannsucht, die erneut Deutschlands »Anspruch« auf »seinen Platz an der Sonne« erhebt. Offensichtlich war der deutsche »Aufschlag aufs Pflaster« *(Sebastian Haffner)* 1945 noch immer nicht hart genug, um die Deutschen zur Vernunft – zu sich selbst – zu bringen. Nur, daß es diesmal kein Erwachen aus einem atomaren Inferno mehr geben würde. . . .

Ob ähnliche Gedanken die *Kommandeure der Bundeswehr* am Vorabend des Bonner. Kabinettsbeschlusses über die Aufnahme von SDI-Verhandlungen mit den USA bewogen haben mögen, vor solchen Weltraum-Plänen zu warnen? Die Mainzer »Allgemeine Zeitung« berichtet darüber am 18. Dezember 85:

»Aufsehen erregte am Wochenende (also am 14. Dezember) das dpa-Interview des *Generalinspekteurs der Bundeswehr, Wolfgang Altenburg*, der an die vielen offenen Fragen bei SDI erinnerte, zu kritischer Distanz zum Weltraumprogramm mahnte und die Folgen für die Allianzstrategie betonte. *Altenburgs* Offiziere in internationalen Stäben sind auch schon deutlicher geworden: SDI könne das Bündnis und seine geltende Abschreckungsdoktrin destabilisieren. . . .

»Viele Generale und Admirale stehen den amerikanischen Plänen für SDI 'sehr skeptisch' gegenüber. Unter dem Eindruck des heute zu erwartenden SDI-Beschlusses des Bonner Kabinetts war zum Auftakt der 28. Kommandeurstagung gestern in Karlsruhe von hohen Offizieren zu hören: 'Vorsicht, Vorsicht!' Wie der Generalinspekteur fürchten sie 'negative Auswirkungen' auf die Strategie des westlichen Bündnisses und auf die gerade für Westeuropa immer dringlicher werdende konventionelle Verstärkung. . . .

»Mit Besorgnis wurde in Karlsruhe vermerkt, daß bei der bisherigen politischen Auseinandersetzung über die Abwehrsysteme im Kosmos 'sicherheitspolitische Aspekte so gut wie überhaupt nicht berücksichtigt wurden'. Mehrere Spitzenvertreter der Bundeswehr warfen den Politikern unverhohlen vor, bislang aus-

schließlich darüber Erwägungen angestellt zu haben, wie die für SDI nötigen Gelder aufgebracht und ein Technologietransfer über den Atlantik sichergestellt werden können. 'Die Sicherheitspolitik nimmt dabei Schaden', wurde argumentiert.«

Soweit die Mainzer »Allgemeine Zeitung«, die unter der Überschrift stand: »Generale und Admirale: Vorsicht, Vorsicht mit SDI! – Kommandeurstagung am Vorabend des Bonner Kabinettsbeschlusses bestätigt Vorbehalte des Generalinspekteurs«.

Man mag nun zwar gegen diese Auffassungen der Bundeswehr-Generalität einwenden, sie würde sich ja lediglich gegen das SDI-Programm wenden, das habe aber nichts mit den die Wissenschaft, Technik, Wirtschaft und deren so notwendigen Wachstum in der Zukunft bewegenden Fragen zu tun. Wer so argumentiert, ignoriert aber vollkommen die ungeheuerliche Dimension des *Riesenhuber*schen Weltraumprogramms: Eingriff in die Stratosphäre, in die Ionosphäre und weit darüber hinaus mit all den Folgen, die weiter daraus entstehen können und eines Tages auch entstehen würden.

Ob man in Bonn vollkommen vergessen hat, was im Juli 1955 51 Nobelpreisträger in der »*Mainauer Kundgebung*« als ihr Bekenntnis niedergelegt haben:

»Mit Freuden haben wir unser Leben in den Dienst der Wissenschaft gestellt. Sie ist, so glauben wir, ein Weg zu einem glücklicheren Leben der Menschen. Wir sehen mit Entsetzen, daß eben diese Wissenschaft der Menschheit Mittel in die Hand gibt, sich selbst zu zerstören. . . .

»Alle Nationen müssen zu der Entscheidung kommen, freiwillig auf die Gewalt als letztes Mittel der Politik zu verzichten. Sind sie dazu nicht bereit, so werden sie aufhören zu existieren. . . .

»Für die Entwicklungsmöglichkeit der lebensausrottenden Wirkung der strategischen Atomwaffen ist keine natürliche Grenze bekannt. . . . Wir kennen keine Möglichkeit, große Bevölkerungsmengen vor dieser Gefahr sicher zu schützen. . . .«[1]

Kann man in Bonn im Ernst abstreiten, *Riesenhubers* »Weltraumprogramm« werde nie und nimmer einer weiteren Zerstörung der Menschheit und der Erde Vorschub leisten?

Und warum also der Eifer, unter allen Umständen dieses Programm voranzutreiben? Ist es nicht eben doch *das Kapital* und nur das Kapital, das sich allein von dem mit der Weltraumpolitik verbundenen immensen technisch-industriell-wirtschaftlichen *Wachstum* noch eine weitere Aufrechterhaltung seiner *Machtpositionen* und seiner Einkünfte aus *Zins und Zinseszins* – ohne jede Gegenleistung! – verspricht, wie das kürzlich auch ganz unverblümt in der »Wirtschaftswoche« ausgesprochen worden ist: Konjunktur und Wachstum der auf Weltraumwissenschaft und Hochtechnologie gerichteten Industrien »auf dreißig Jahre hinaus«!. . .?

Ist dies aber der Sinn *unseres* Lebens? Werden *wir* auf solche Weise je auch nur einen Zipfel von dem erringen, das *uns* wirklich gemäß ist, mit dem *wir uns* wahrhaft *identifizieren können?*

Ist wirklich »der Fortschritt in der technischen Lebensbewältigung«, »der technische Fortschritt« *das* »Lebensgesetz der Industrienationen« *(Michael Stürmer)*? Oder ist es nicht *absolut* »vordringlich, das System der Bildung mit der Absicht zu erneuern, die *Bindungskräfte* unserer Zivilisation zu stärken« und »dem *Men-*

1 aus: *Johannes Hemleben* »Das haben wir nicht gewollt« Fischer Taschenbuch S. 203

schen ein Stück seiner Souveränität zu bewahren« und ... »der Entfremdung zu entgehen«?[1]

Wie aber steht es mit diesen »Bindungskräften«? *Max Weber* schrieb bereits 1905 in seinem Aufsatz »Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus«:

»Auf dem Gebiet seiner höchsten Entfesselung, in den Vereinigten Staaten, neigt das seines religiös-ethischen Sinnes entkleidete Erwerbsstreben heute dazu, sich mit rein agonalen Leidenschaften zu assoziieren, die ihm nicht selten geradezu den Charakter des Sports aufprägen. Niemand weiß noch, wer künftig in jenem Gehäuse (des modernen Kapitalismus) wohnen wird und ob am Ende dieser ungeheuren Entwicklung ganz neue Propheten oder eine mächtige Wiedergeburt alter Gedanken und Ideale stehen werden, *oder* aber – wenn keins von beiden – mechanisierte Versteinerung, mit einer Art von krampfhaftem Sich-wichtig-nehmen verbrämt. Dann allerdings könnte für die 'letzten Menschen' dieser Kulturentwicklung das Wort zur Wahrheit werden: 'Fachmenschen ohne Geist, Genußmenschen ohne Herz: dies Nichts bildet sich ein, eine nie vorher erreichte Stufe des Menschentums erstiegen zu haben'. –«[2]

Wo aber müssen wir ansetzen, wenn wir gerade nicht diesem elenden kapitalistischen Erwerbsstreben unsere – buchstäblich – ganze Existenz opfern wollen? Wir müssen da wieder anknüpfen, wo unsere ursprüngliche deutsche Kulturtradition von dem kapitalistischen Prosperitätsstreben in Verbindung mit der materialistischen Naturwissenschaft und Technik verdrängt worden ist. Und wir müssen vor allem auch bedenken, was der *Mensch* eigentlich ist und welches seine Bestimmung. Kaum ein anderer als *Wilhelm von Humboldt* ist diesem Gedanken so gründlich nachgegangen. So schreibt er u. a. in seiner »Erörterung der Frage, wie das Zufällige im Charakter von dem Wesentlichen desselben unterschieden werden kann«:

»Er (der Charakter) ist verschieden von den Handlungen und von allen Äußerungen des Individuums, ist die gemeinschaftliche Ursache derselben, das ursprüngliche *Ich*, die mit dem Leben zugleich gegebene Persönlichkeit, und insofern ist es sogar unmöglich, ihn unmittelbar aufzufassen und auszusprechen. ... (S. 474)

»Der Mensch ist mehr und noch etwas anders als alle seine Reden und Handlungen, und selbst als alle seine Empfindungen und Gedanken ... Kommt man aber dahin, wo der Gedanke oder der Entschluß zuerst entstand, so befindet man sich auf einmal wie an den Grenzen einer unbekannten Welt, aus der nur einzelne und abgerissene Erscheinungen plötzlich hervorspringen, indeß sie selbst in undurchdringlichem Dunkel verhüllt liegt. Und doch sind es gerade diese ersten Triebfedern, *diese innern Kräfte, die das eigentliche Wesen des Individuums ausmachen* und ursprünglich alles in Bewegung setzen, in welchen das, was den Menschen am meisten adelt, Seelengröße, Tugend und Heroismus, seinen Sitz hat, und aus welchem allein jede große Tat und jeder genievolle Gedanke hervorgeht. ... (S. 475-76)

»Dies führt uns notwendig auf *eine innere und ursprüngliche Kraft in ihm, die sein eigentliches Ich, seinen wahren Charakter ausmacht* ... und wollten wir

1 vgl. *Michael Stürmer* »Dissonanzen des Fortschritts« in FAZ v. 14.12.85

2 *Max Weber* »Soziologie etc.« Kröner Stuttgart 1973, Seite 379/80. Vgl. auch *Wilhelm Hennis* »Der Typus Mensch und sein Verhängnis – Nietzsches Genius im Werk Max Webers« FAZ 7.12.85

auch selbst mit der Sorgfalt unserer Erziehung bis zu dem Augenblick der Geburt zurückgehen, so würden wir auch da schon vorhandenen Eigentümlichkeiten begegnen.

»Es ist daher ein schlechterdings vergebliches Bemühen, das Wesen eines Menschen vollständig aus den Umständen, die auf ihn eingewirkt haben, herleiten und durchaus begreifen und darstellen zu wollen. Wie tief man eindringen, wie nah man zur Wahrheit gelangen möchte, so bleibt immer doch *Eine unbekannte Größe zurück: die primitive Kraft, das ursprüngliche ICH, die mit dem Leben zugleich gegebne Persönlichkeit. Auf ihr beruht die Freiheit des Menschen, und sie ist daher sein eigentlicher Charakter.* ...

»Der Mensch ist von seinem ersten Odemzuge an Mensch, und sein ursprünglicher Charakter ist kein andrer als der Charakter seiner Persönlichkeit, von welcher dasjenige, was wir Vernunft nennen, nichts anders als eine Form ist, unter der wir sie selbst, die an sich unergründlich ist, am deutlichsten und bestimmtesten erkennen.«[1]

Kurzum: Was ist der Mensch, und welches sind die Wege zur Verwirklichung eines solchen Menschenbildes im sozialen Leben? – das sind die Fragen, die uns bewegen sollten, wenn wir noch einmal zu unserem wahren Wesen zurückfinden und die Welt auch noch für eine weitere Zukunft bewohnbar erhalten wollen.

F. P.

»Wann Krieg beginnt, das kann man wissen, aber wann beginnt der Vorkrieg. Falls es da Regeln gäbe, müßte man sie weitersagen. In Ton, in Stein eingraben, überliefern. Was stünde da. Da stünde stünde unter andern Sätzen: *Laßt euch nicht von den Eignen täuschen.*«

Christa Wolf

1 vgl. Wilhelm von Humboldt: »Schriften zur Anthropologie und Geschichte«, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, S. 476–81

Zeitspiegel

Frankfurter Allgemeine Zeitung / FAZ
Wirtschaftsredaktion

6000 Frankfurt

den 17. Januar 1986

Betr.: v.-Bethmann-Briefe vom 8.11. und 13.12. 85, sowie Zuschriften vom 14.1.86

Sehr geehrte Damen und Herren,

sowohl in den v.-Bethmann-Briefen wie den veröffentlichten Zuschriften dazu bedaure ich den Mangel an konkreten Angaben zu dem angesprochenen Problemkomplex.

Da ich mich seit einigen Jahren speziell mit den Vermögens- und Verschuldungsentwicklungen befasse, erlaube ich mir, Ihnen eine weitere Stellungnahme zuzuschicken, in der zumindest die bundesdeutsche Situation konkret dargelegt ist.

Ich meine, daß eine solche Fakteninformation den Lesern Ihrer Zeitung nicht nur ein sachlicheres Bild der Gegebenheiten vermitteln kann, sondern die auch eher zu einem Urteil befähigt.

Aus diesem Grunde und um der Wichtigkeit der Vorgänge willen wäre ich Ihnen für eine Veröffentlichung dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

PS.: Alle von mir angefügten Ausgangszahlen sind Veröffentlichungen der Bundesbank bzw. des Statistischen Bundesamtes entnommen.

Als detaillierte Hintergrundinformation lege ich Ihnen noch zwei Untersuchungen über die Zinsbelastung bzw. die Vermögenssituation in der Bundesrepublik bei, von denen die zweite in Kürze in der Reihe »Loccumer Protokolle« erscheinen wird.

Außerdem auch noch drei Informationsblätter zu den in meiner Stellungnahme angesprochenen Äußerungen des New Yorker Notenbankchefs Corrigan.

Stellungnahme zu den Bethmann-Anzeigen in der FAZ vom 8. November und 13. Dezember 1985 sowie zu den am 14. Januar 1986 veröffentlichten Leserzuschriften:

Die Währungs- und Wirtschaftssituation in der Welt bietet sicherlich genügend Anlaß zum Spekulieren, Theoretisieren und Dramatisieren. Für eine Versachlichung der Diskussion und ein besseres Erkennen der Gefahren wäre jedoch eine stärkere Befassung mit den Fakten wünschenswert, wobei die unseres eigenen Landes zur Veranschaulichung bereits genügen.

Verschuldung:
Bei diesem Stichwort denken wir meist nur an die Verschuldung des Staates, während die Größe und Entwicklung der volkswirtschaftlichen Gesamtverschuldung (also diejenige der Unternehmen, des Staates und der Privathaushalte insgesamt) bei uns bislang kein Thema ist. Darum hierzu einige Angaben und Relationen:

- Die inländische Gesamtverschuldung in der Bundesrepublik ist von 66 Mrd. 1950 auf 3.131 Mrd. 1984 angestiegen, also auf das 47fache. Das Bruttosozialprodukt ist in der gleichen Zeit jedoch »nur« auf das 18fache angestiegen, nämlich von 98 Mrd. auf 1.750 Mrd.
  Die Verschuldung hat also gut 2,5mal schneller zugenommen als die Leistungsgröße, aus der die Verschuldung mit Zins- und Tilgungszahlungen bedient werden muß.
- An der inländischen Gesamtverschuldung von 3.131 Mrd. 1984 waren die Pri-

vathaushalte mit 6% beteiligt, die Unternehmen mit 71% und der Staat mit 23%.

Die volkswirtschaftliche Gesamtverschuldung ist also 4,3mal größer als die der öffentlichen Haushalte.

- Die »reproduzierbaren Sachvermögen zu Wiederbeschaffungspreisen« (also die hauptsächliche Deckung der Verschuldung) sind von 229 Mrd. Ende 1950 auf 5.641 Mrd. Ende 1984 angestiegen, also auf das 15fache und damit deutlich langsamer als die Verschuldung.
  Bezieht man die Verschuldung auf diese Sachvermögensgröße, dann lag der Verschuldungsgrad 1950 bei 29%, 1979 bei 45% und 1984 bei 56%.

- Der New Yorker Notenbankchef Corrigan hat Ende 1985 auf die bedrohliche Entwicklung der Gesamtverschuldung in den USA hingewiesen. Demnach lag dort der Verschuldungsgrad 1981 beim 1,4fachen des Bruttosozialprodukts und 1985 bereits beim 1,6fachen der Leistungsgröße. Nach Meinung Corrigans werden in zehn Jahren jedem Dollar Leistung 2,25 Dollar Schulden gegenüberstehen.
  In der Bundesrepublik hatte die Gesantverschuldung bereits 1975 das 1,4fache des Bruttosozialprodukts erreicht, und das 2,25fache dürfte bei uns schon in sechs bis sieben Jahren überschritten werden.

Geldvermögen:
Leihen kann man nur von einem, der hat. Geldverschuldungen und Verschuldungszunahmen setzen also auf der anderen Seite entsprechende Geldvermögen und Vermögenszuwächse voraus. Auch dazu einige Größen und Relationen:

- Ähnlich wie die Schulden, sind auch die Geldvermögen seit 1950 gut 2,5mal schneller als die volkswirtschaftliche Leistung angestiegen, nämlich von 60 Mrd. auf 3.120 Mrd. 1984. Alleine in den letzten vier Jahren sind die Geldvermögen um ein Drittel gestiegen.
  Vergleicht man die Geldvermögen mit den verfügbaren Einkommen, dann waren beide 1950 noch gleich groß, 1970 waren die Geldvermögen doppelt und 1984 fast dreimal so groß (3.120 Mrd. : 1.124 Mrd.).

- Der jährliche Geldvermögenszuwachs lag im Schnitt der letzten vier Jahre bei 196 Mrd. (tagtäglich also bei 536 Mio.!), während der Zuwachs des Bruttosozialproduktes »nur« bei 66 Mrd. lag, also gerade einem Drittel.
  Die »Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand« nach dem 624-Mark-Gesetz würde – wenn alle abhängig Beschäftigten mitmachen würden – rund 14 Mrd. ergeben, also nur 7% des gesamten jährlichen Geldvermögenszuwachses.

- Geldvermögen entstanden ursprünglich überwiegend aus ersparter, eigener Arbeitsleistung. Heute bilden sie sich überwiegend aus Zinseinnahmen und damit aus der Arbeit anderer. Außerdem stehen wachsenden Geldvermögen wachsende Verschuldungen gegenüber und damit zunehmende Diskrepanz zwischen den Verschuldeten und den Geldgebern, oder krasser ausgedrückt: zwischen arm und reich.

- Wachsende Sachvermögen signalisieren im allgemeinen Wohlstandsanstieg. Wachsende Geldvermögen dagegen signalisieren Wohlstandsakkumulation und -konzentration bei einer Minderheit, der eine Verschuldung und Verarmung auf der anderen Seite gegenübersteht.
  Überproportional wachsende Geldver-

vermögen sind also ein Destabilisierungsfaktor.

Schuldenzinsen

Zinsen sind der Leihpreis für Geld. Bei gleichbleibenden Zinssätzen wachsen sie im Gleichschritt mit den Schulden. Bei steigenden Zinssätzen wird ihr Anstieg zusätzlich beschleunigt. Beides spiegelt sich im Wachstum der gesamten Schuldenzinsen wieder:

- Setzt man für die Verschuldung 1950 einen Durchschnittssatz von 6% an, für 1970 einen von 6,5% und für 1984 einen von 7,5%, dann ergibt sich ein Anstieg der Schuldenzinsen von 4 Mrd. über 55 Mrd. auf 235 Mrd.
  Die Schuldenzinslast wäre demnach auf etwa das 59fache angestiegen und damit fast 3,5mal schneller als das Bruttosozialprodukt, aus dem sie erwirtschaftet werden muß.

- Von der gesamten Schuldenzinslast wird nur ein Bruchteil von den Bürgern direkt getragen, nämlich etwa 15%, vor allem für Konsumentenkredite und Eigenheimhypotheken. Das Gros der Schuldenzinslast wird über Preise, Steuern und Gebühren auf die Bürger bzw. Endverbraucher umgelegt. Pro Kopf ergibt sich 1984 eine rechnerische Schuldenzinsbelastung von 3.800 DM, pro Haushalt oder pro Beschäftigten in der Bundesrepublik ein Anteil von rund 9.400 DM.

- Vergleicht man die Schuldenzinslast mit den verfügbaren Haushaltseinkommen, dann lag sie 1950 bei 6%, 1970 bei 13% und 1984 bei 21%.
  1950 mußte also jeder Haushalt etwa 3 Wochen für die Schuldenzinsen arbeiten, 1970 etwa 7 Wochen und 1984 rund 11 Wochen, also fast ein Vierteljahr.
  Im Schnitt der letzten Jahre wurden täglich rund 600 Mio. Schuldenzinsen fällig. Dies ist der Gegenwert von 1.600 Einfamilienhäusern mit Grundstück, oder knapp das Fünffache der täglichen Verteidigungsausgaben.
  Die öffentlichen Kassen sind an diesen Zinszahlungen mit täglich 145 Mio. beteiligt, jährlich mit rund 53 Mrd. Der Betrag würde ausreichen, um allen Jugendlichen bis zu 15 Jahren ein zusätzliches monatliches Kindergeld von 425 DM zu zahlen.

- Werden die Schuldenzinsen nicht aus der laufenden Arbeitsleistung beglichen sondern durch Neuverschuldung, dann verschiebt sich der »Zahltag« für den Bürger nur auf »morgen« oder »übermorgen«. Dann aber sind zu den Zinsen auch noch die aufgelaufenen Zinseszinsen zu zahlen, und das für eine Last, die einer exponentiellen Wachstumsentwicklung unterliegt.

Folgen und Folgerungen:

Wenn sich ein Privatmann schneller verschuldet als sein Einkommen wächst, dann ist es nur eine Frage der Zeit, bis der Schuldendienst sein gesamtes Einkommen beansprucht und ihm nichts mehr gehört.
Natürlich ist es nur ein theoretisches Ende, da der Schuldner schon lange vorher verarmen und verhungern würde. Im gleichen Umfang aber wie der Schuldner – trotz Arbeit – immer ärmer wird, wird der Gläubiger – ohne Arbeit – immer reicher. »Löst« der Schuldner das Problem durch ständig höhere Neuverschuldung statt durch mehr Schuften und/oder Gürtelenger-schnallen, eskalieren alle Schwierigkeiten.

Dies gilt genauso für jede Volkswirtschaft und jedes Land, keinesfalls nur für

die Entwicklungsländer, bei denen wir im übrigen immer nur von den Auslandsschulden reden, niemals von der vielmals höheren Inlandsverschuldung und deren Folgen.

Während bei den Auslandsschulden der Zinstransfer die schon immer armen Länder immer ärmer und die reichen immer reicher macht, führt der Zinstransfer der Inlandverschuldung zu einer Diskrepanzzunahme zwischen den arbeitenden (ärmeren) Bevölkerungsmehrheiten und den besitzenden (reicheren) Minderheiten.
Die »Kassen mit Bedarf« (Dieter Suhr) werden dann immer mehr zur Kreditaufnahme gezwungen, während die »Kassen *ohne Bedarf« durch den verstärkten* Zinsrückfluß noch mehr überquellen.

Früher führten solche Entwicklungen zur Totalverarmung der Massen, zu Leibeigenschaft und Sklaverei, zu Revolten und Revolutionen. Heute führt die Schuldeneskalation zu einer immer größeren Destabilisierung in und zwischen den Ländern, mit zunehmenden sozialen und politischen Spannungen.

In der Balance bleiben die Verhältnisse nur dann, wenn Geldvermögen und Verschuldung sich im Gleichschritt mit dem Leistungswachstum entwickeln. Entwikkeln sie sich schneller (und das ist bei uns seit 35 Jahren deutlich der Fall), dann kann es nach mathematischen Gesetzmäßigkeiten nur eine Frage der Zeit sein, bis sich die Komplikationen zwischen Krisen und die Krisen zum Kollaps ausweiten. Als »Rettung« bleibt nur eine radikale »Vernichtung« *von Geldvermögenssubstanzen* durch Forderungsverzichte oder Inflation, wie jede Radikalkur nicht ohne neue Wunden und Überlebensgefahren.

Manche der Theorien oder Katastrophenbilder der crash-Warner mögen fragwürdig oder sogar falsch sein. Die hier dargelegten nachprüfbaren Fakten und Zahlen zeigen, daß ihre Warnungen grundsätzlich berechtigt, ja längst überfällig sind.

Aachen, den 17. Januar 1986

Helmut Creutz

Buchbesprechung

Presse-Information des Verlags Freies Geistesleben, Stuttgart

Stuttgart im Februar 1986

Sehr geehrte Damen und Herren,

in unserem Frühjahrsprogramm geht es um die Fragen von heute. Daß ein anthroposophisch orientiertes Denken die Öffentlichkeit immer mehr anspricht und als Notwendigkeit erlebt wird, zeigt zum Beispiel die Gründung der Universität Witten/Herdecke im letzten Jahr und der Zuwachs neuer pädagogischer Bildungsstätten, die staatlich anerkannt sind. Die Fernsehsendung über »Reinkarnation« im ZDF wies überdies darauf hin, daß Fragen des Übersinnlichen auf breites Interesse stoßen und solide Antworten gefordert sind.

Besonderheiten aus dem Frühjahrsprogramm 1986:
Zum ersten Mal in der Geschichte der Kunst hat ein Künstler die Herausforderung angenommen, *Goethes Faust* (Teil I und II) durchgehend zu illustrieren. *Walter Roggenkamp* schuf über 200 farbige Zeichnungen, die in einer repräsentativen Prachtausgabe enthalten sind. Die klassischen ästhetischen Begriffe von Schönheit und Harmonie werden, so der Kunsthistoriker *Diether Rudloff*, im 20. Jahrhundert abgelöst von *Freiheit und Liebe*, die die Grundlagen einer Ästhetik der Zukunft sind. Freiheit und Liebe sind auch die Leitmotive der ergreifenden Biographie der Opern- und Liedsängerin *Kathleen Ferrier*, die zum ersten Mal in Deutschland veröffentlicht wird.

Als ergänzende Literatur zur Ökologie stellen wir die *Zwölf Briefe über das Erdenleben* von *Carl Gustav Carus* (1789 – 1869) vor; das Buch wird seltene Abbildungen von Carus' Landschaftsmalerei enthalten. *Ekkehard Meffert* (»Nikolaus von Kues«) ist Herausgeber und Autor der Monographie über Carus, die als Begleitband veröffentlicht wird. Formen und Gestalten der Natur sind das Thema der *Geometrie des Lebendigen*, vom Erleben gestaltbildender Naturkräfte von *Lawrence Edwards* (aus dem Englischen übertragen).

Im Hinblick auf die neueste, zum Teil heftig diskutierte medizinische Entwicklung (z. B. »Retorten-Babys, Leihmutterschaft) fordert *Embryo-Genesis* von *Thomas Weihs* zum Nachdenken über Fragen auf, die tief in unser ethisches und moralisches Empfinden eingreifen.

Mit freundlichen Grüßen

VERLAG FREIES GEISTESLEBEN GMBH

Ankündigungen

Seminar für freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, des Staates und der Kultur e.V.

Arbeitsgruppe
Boden, Geld, Eigentum
Vollbeschäftigung, Arbeitslosigkeit

Am Samstag, dem 5. April 1986 – 10.00 Uhr
beginnt die Arbeitsgruppe »Boden, Geld, Eigentum« die Arbeit mit dem Thema »Bodenrecht«.

Diese Arbeitsgruppe wurde von Dr. med. Heinz-Hartmut Vogel in der Dreigliederungskonferenz in Stuttgart angekündigt.

Die Einladung ergeht an die Mitglieder der Konferenz für Dreigliederung und darüberhinaus an einen begrenzten Kreis von Persönlichkeiten, die sich mit den nach wie vor ungelösten sozialen Fragen im Sinne der Dreigliederung des sozialen Organismus und einer freiheitlichen Ordnungspolitik in Kultur, Staat und Wirtschaft beschäftigen.

Tagesordnung

Samstag, den 5. April 1986

10.00 Uhr	Begrüßung und Einführung in die Thematik – Dr. med. H. H. Vogel –
10.30–11.15	Das Bodenrecht in der Geschichte – Dr. med. Lothar Vogel –
11.15–11.30 Uhr	Kurzpause
11.30 Uhr	Aussprache über den Vortrag Dr. Lothar Vogel
12.30–14.00 Uhr	Mittagspause (gemeinsamer Mittagstisch Gasthaus Krone)
14.00–15.00 Uhr	Das Bodenrecht vom Gesichtspunkt einer freiheitlichen Ordnungspolitik – Jobst von Heynitz –

15.00–15.30 Uhr Kaffeepause

15.30–18.00 Uhr Aussprache mit Diskussionsbeiträgen
(Zeit: Bis zu 10 Minuten, nicht länger)

18.00–19.30 Uhr Abendpause

19.30–21.00 Uhr Fortsetzung der Aussprache mit Diskussions-Kurzbeiträgen

Sonntag, den 6. April 1986

9.00 Uhr Fortsetzung Bodenrecht
– Jobst von Heynitz –

Kurzbeiträge zur Diskussion
– Fritz Penserot, Fritz Andres u. a. –

10.30–11.00 Uhr Kaffeepause

11.00–12.00 Uhr Abschlußgespräch und Zusammenfassung der Ergebnisse

12.00 Uhr Verabschiedung

Festlegung des nächsten Termins:

Es ist vorgesehen, das Arbeitsgespräch in vierteljährlichen Abständen fortzusetzen.

Das zweite Gespräch wird sich mit dem Thema »Geld, Geldrecht und Geldordnung« beschäftigen.

Novembertagung 1986

Erkenntnistheorie und soziale Frage

Tagungsprogramm für das Grundlagenseminar I vom 21. bis 23. März 1986

Thema: Anthroposophie und Homöopathie

Tagungsort: Im Saal der Firma Wala-Heilmittel Bad Boll-Eckwälden und im Saal des Trithemius-Institutes, Badstr. 35 in Boll (siehe Programm)

Beginn: Freitag, 21. März 1986, 9.30 Uhr.

Ende: Sonntag, 23. März 1986, 12.15 Uhr

Freitag, 21. März 1986 – Im Saal der Firma Wala, Eckwälden

9.30–11.00 Uhr Anthroposophie und Homöopathie:
Prinzipien und Methodisches zur Arzneimittelfindung am Beispiel der Arzneimittelbilder Calcium und Magnesium
– Dr. med. H.-H. Vogel –

11.00–11.15 Uhr Pause

11.15–12.15 Uhr Der Typus des Calciums und Magnesiums vom Aspekt ihrer natürlichen Eigenschaften
– Dr. rer. nat. Joachim Strüh –

12.30–15.00 Uhr *Mittagspause*

15.00–16.00 Uhr Zur Morphologie der Disteln
– Ruth Mandera, Biologin –

16.00–16.15 Uhr Pause

16.15–17.00 Uhr Pathologisch-physiologische und anthropologische Aspekte zum Arzneimittelbild Carduus Marianus
Die Arzneimittelbilder Arnika, Aurum, Apis
– ihre Gemeinsamkeiten, ihr menschenkundlicher Bezug –
– Dr. med. H.-H. Vogel –

17.00–17.45 Uhr Aussprache

Bad Boller Medizinisches Seminar

19.30–21.00 Uhr – *im Saal des Trithemius-Institutes, Boll*
Von der Anthropologie zur Anthroposophie
– eine medizinische Menschenkunde – I. Teil
– Dr. med. Lothar Vogel –

Samstag, 22. März 1986 – im Saal der Firma Wala, Eckwälden

9.00–10.00 Uhr Von der Anthropologie zur Anthroposophie – II. Teil
– Dr. med. Lothar Vogel –

10.00– 10.30 Uhr Pause

10.30– 11.30 Uhr Wesensbilder von Phosphor und Schwefel
– Ernst Selinger, Dipl.-Ing. chem. –

11.30–12.30 Uhr Menschenkundliche Aspekte von Phosphor und Schwefel
Pathologie und Therapie
– Dr. med. H.-H. Vogel –

12.30–14.30 Uhr Mittagspause

14.30–15.15 Der ganzheitliche Aspekt einer durch Anthroposophie erweiterten Psychiatrie – I. Teil
– Dr. med. Andreas Rohen, Oberarzt an der neurologisch-psychiatrischen Abteilung des Krankenhauses Nürtingen –

15.15–15.30 Uhr Pause

15.30–16.15 Uhr Der ganzheitliche Aspekt einer durch Anthroposophie erweiterten Psychiatrie – II. Teil
– Dr. med. Andreas Rohen –

16.15–16.30 Uhr Pause

16.30–17.30 Uhr Wesensbilder von Arsen und Veratum
– Dr. med. Wolfgang Springer –

17.30–18.00 Uhr Aussprache

Bad Boller Medizinisches Seminar

Samstag, 22. März 1986

19.30–21.00 Uhr *im Saal des Trithemius-Institutes, Boll*
Niedergang und Neuaufstieg der Medizin im 19. Jahrhundert
– Die Bedeutung der Anthroposophie für die Medizin der Zukunft
– Dr. med. Karl Buchleitner, Arzt für Allgemeinmedizin, Homöopathie und Naturheilverfahren, Pforzheim –

Sonntag, 23. März 1986 – im Saal des Trithemius-Institutes, Boll

8.30– 9.30 Uhr Das Wesen der Solanaceen Hyoscyamus, Belladonna, Datura Stramonium
– Dr. Roland Schaette, Pharmazeut, Waldshut –

9.30–10.15 Uhr Die Arzneimittelbilder Hyoscyamus, Belladonna, Datura Stramonium – menschenkundliche Aspekte
– Dr. med. H.-H. Vogel –

10.15–10.30 Uhr Pause

10.30–11.30 Uhr Medizinische Menschenkunde – III. Teil
– Dr. med. Lothar Vogel –

11.30–12.15 Uhr Abschluß – Klavierkonzert
– Yoshie Ide, Tokio –

Aus der Jahresübersicht der medizinischen Seminar-Veranstaltungen 1986

Januar 1986

von Freitag, 10. Januar bis Sonntag, 12. Januar — Nerven-Symposion

März 1986

von Freitag, 21. März bis Sonntag, 23. März — *Grundlagenseminar I*
Thema:
Anthroposophie und Homöopathie.
Der geistige Hintergrund der Ähnlichkeitsregel an den Beispielen:
Arsen – Veratrum – Aranea diadema;
Argentum – Gelsemium;
Aurum – Arnica – Apis

Juni 1986

von Samstag, 14. Juni bis Montag, 16. Juni — *Fortbildungsseminar I*
Thema:
Das Immunsystem
Autoimmun-Krankheiten
Carcinom
AIDS-Immunschwäche

August 1986

von Samstag, 2. August bis Samstag, 9. August — *Grundlagenseminar II*
Thema:
Physiologie
Entwicklungsgeschichte und funktionelle Anatomie auf dem Hintergrund anthropos. Menschenkunde
Physiologie der Substanzen:
Natrium, Kalium, Magnesium, Calcium, Quarz, Kohlenstoff

September 1986

von Freitag, 5. September bis Samstag, 6. September	*Grundlagenseminar III* *Thema:* Anthroposophie und Homöopathie Krankheit als Naturprozeß Arzneimittel aus den Pflanzenfamilien der Ranunculaceen und Liliaceen

September 1986

von Samstag, 6. September bis Sonntag, 7. September	Tierärzteseminar

– Änderungen vorbehalten –

Kunst- und Kultur-
Anthropologisches
Seminar

Der Organismus der Künste

Was bedeutet *Stil*?

Studientage zur Ästhetik

in der Pfingstwoche
vom 20. Mai 1986, 16.00 Uhr
bis 23. Mai 1986, 18.00 Uhr

Anmeldung und Programme durch Dr. Lothar Vogel
Badstraße 35, 7325 Boll, Trithemiusinstitut

Vorankündigung für Heft 179

Bildung, Ausbildung
und Studienfreiheit.

Die Mitwirkenden dieses Heftes:

Dr. Lothar Vogel	Badstraße 35, 7325 Boll
Fritz Penserot	Dhaunerr Straße 182, 6570 Kirn
Helmut Creutz	Monheimsallee 99, 51 Aachen
Dr. Hans Doerner	Franz-Reber-Weg 5, 8000 München 71
Elimar Rosenbohm	Glockenbrink 87, 4952 Porta Westfalica B.R.

Die mitarbeitenden Autoren tragen die Verantwortung für ihre Beiträge selbst.

Für nichtverlangte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden.

Gesamtinhaltsverzeichnis der in »Fragen der Freiheit« Nr. 1 bis 123 erschienenen Beiträge befindet sich in Heft 99/100 und Heft 123.

Herausgeber der Zweimonatsschrift »*Fragen der Freiheit*«
Das Seminar für freiheitliche Ordnung
Diether Vogel †, Lothar Vogel, Heinz Hartmut Vogel

Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung, 7325 Boll, Badstraße 35, Telefon (0 71 64) 25 72

Preis: Jahresabonnement DM 48.–, sfr. 40.–, ö.S. 350.–

Einzelhefte: DM 8.50, sfr. 7.–, ö.S. 60.–

Bank: Kreissparkasse Göppingen Nr. 20 011/BLZ 610 500 00
Raiffeisenbank Boll Nr. 483 000 000/BLZ 600 697 66

Postscheck: Frankfurt am Main 26 14 04-602
Schweiz: Postscheckamt Bern 30-30 731
Österreich: Postsparkassenamt Wien 7 939 686

Nachdruck, auch auszugsweise, mit Genehmigung des Herausgebers.

Graphische Gestaltung: Fred Stolle, CH Zürich-Zollikerberg, Weiherweg 4

Motto: Goethe: An M. P. von Brühl vom 23. Oktober 1828

Gesamtherstellung: Schäfer-Druck GmbH, Göppingen